Agit 883
56 51
Urland 52

Nr. 54
26. 3. 7o
5o Pf.

ORGANISIERT KÄMPFEN !

HA HO HE SPRINGER IN DIE SPREE

Die Senats- und Justizbüttel haben sich geirrt. Die Sonnabend-Demonstration vom 7. 3. drückte nicht den Kampfeswillen der revolutionären Linken in Westberlin gegen die Klassenjustiz aus. Erst am Mittwoch erteilte sie der Konterrevolution eine harte Linke.

Die Billanz dieser Strafaktion gegen die Bourgeoisie war: 137 eingeworfene Schaufensterscheiben, 7 zerstörte Vitrinen, 20 gestohlene Glühbirnen und 6 entwendete Fahnen (?), 19 verletzte Polizisten und 24 lädierte Polizeifahrzeuge. Wieviele Vorführwagen beschädigt wurden, führte die BZ vom 20. März nicht auf.
Wenn wir hier den Begriff "Bourgeoisie" verwenden, dann nicht im Sinne des französischen Individualanarchisten Emile Henry, der um die Jahrhundertwende eine Bombe in ein Café warf, und in seiner Begründung vor Gericht behauptete, daß jeder Bourgeois, der sich eine Tasse Kaffee leisten kann, für die Ausbeuter der Arbeiter mitverantwortlich ist.

Am letzten Mittwoch dagegen wurden nur Cafés angegriffen, die dafür bekannt sind, daß in ihnen Genossen mit langen Haaren oder Mao-Abzeichen diskriminiert und nicht bedient werden. Pizzerias und andere Lokale, in denen Genossen bedient werden, wurden selbstverständlich geschont. (Diese Unterscheidung, die bis auf zwei Fälle immer eingehalten wurde, ist trotzdem problematisch, weil die Genossen, die Steine in den ersten Stock des Café Kranzler warfen, nicht wissen konnten, ob sie den Geschäftsführer oder eben doch nur einen kaffeetrinkenden Touristen verletzten.)

Banken und Autosalons wurden als Filialen des Großkapitals angegriffen. In Selbach, Boutiquen, Pelzgeschäfte, Juwelierläden und Schönheitssalons - Umschlagplätze des Konsumterrors - flogen Steine und Mollies. Dies ist eine Antwort auf den Versuch der Industrie, die Kleidungs- und Lebengewohnheiten der APO zu kommerzialisieren und den Genossen ihre Bedürfnisbefriedigung zu unverschämt hohen Preisen anzubieten. (ganz zu schweigen davon, daß Selbach seine Schaufenster unterschiedslos einmal mit der Flagge des US-Imperialismus und dann wieder mit den Portraits von Mao, Ho Tschi-Minh, Che Guevara und Moshe Dayan drapieren läßt. Jeder Verkäufer, der dort einen Typen beim Klauen erwischt, bekommt eine Kopfprämie von 5o Mark.)

Für die Genossen war das ein emanzipatorischer Akt, wir dürfen uns aber nicht in der falschen Sicherheit wiegen, daß man den Integrationsversuch durch die Mode durch einige Steine aufhalten kann. Die Mode wird erst dann ihre Integrationsversuche einstellen, wenn wir uns militant organisiert haben. Selbst in der größten Wirtschaftskrise kam die Textilindustrie nicht auf den Gedanken, in ihren Boutiquen die Uniformen des Rotfrontkämpferbundes als letzten Schrei zu kreieren.

Über die Morgenpost-Filialen-Zündelei erübrigt sich jede Bemerkung. Interessant ist noch, daß selbst das "Park" beinahe Opfer des langangestauten Hasses seiner Besucher geworden wäre. Überhöhte Preise, Coca 2,- DM, der Zwang, Verzehrbons zu lösen, korrupte Türsteher könnten noch einmal schlimme Folgen haben.

Wenn die RPK in Nr. 58 schreibt, "...bei diesem Rückzug gingen unterschiedlos Fenster von Banken, Kudammcafés und Boutiquen zu Bruch, woran nicht das Werfen, sondern das Unterschiedslose des Werfens zu kritisieren ist,..." argumentiert sie ähnlich undifferenziert wie der sozialdemokratische Telegraf, der die "wiederaufflackernden Emotionen" als verständlich nach dem Mahler-Terror-Urteil bezeichnet, was man durch ein "sinnvolles" Urteil besser hätte vermeiden sollen.

Der Telegraf übersieht dabei geflissentlich, daß eine "sinnvolles" Urteil von der herrschenden Justiz ohne Druck von unten nicht zu erwarten ist.

Viele Genossen fragen sich, warum die Bullen unten am Kudamm nicht eingegriffen haben. Wie bei der Sonnabend-Demonstration, wollten sie auch bei der Mittwoch-Demonstration "in der Öffentlichkeit jedes Aufsehen über den Mahlerprozeß vermeiden," (883 Nr. 53) und wollten deshalb jeglicher Konfrontation ausweichen.

Außerdem sind Schütz und Neubauer von ihren "liberalen" Polizeipsychologen auf den Psychologen-Tripp geschickt worden. Der besagt, daß wenn man den "harten Kern" angreift, die Masse der "linksliberalen" Antiautoritären sich mit dem "harten Kern" solidarisiert. Dazu Feldherr Hübner: "Das erklärte Ziel des harten Kerns der Demonstranten war es, die Polizei zum harten Eingreifen herauszufordern, sie zur Straßenschlacht zu zwingen. Dieses Ziel haben sie nicht erreicht. "Hübner und seine Bullen nehmen sich mal wieder zu wichtig. Für uns sind sie nur ein Teil der Konterrevolution. Wenn Schütz und Neubauer es wirklich ernst meinen mit ihrer Konfrontationstheorie, dann müssen sie nicht nur ihr Polizeiheer demobilisieren, sondern ihre Justizpaläste schließen, ihre Gefängnisse dicht machen, die Arbeitsgerichte abschaffen, die Banken in Volksvermögen überführen und die Glaspaläste der Autoindustrie den antiautoritären Kindergärten zur Verfügung stellen.

Um das Verhalten des Senats und der Bullen genau einschätzen zu können, haben wir in unserer letzten Nummer für das teach-in am 17. 3. gefordert,daß "die Diskussion von folgenden zwei Punkten her aufgerissen werden muß: 1. die organisatorische Situation der berliner revolutionären Linken und 2. Strategie und Taktik der Konterrevolution." Im Vorbereitungskomitee, das weitgehend von der KPD(ao) getragen wurde, wurde der Redaktion der 883 das Referat über die Strategie und Taktik der Konterrevolution aufgedrängt. Wir befanden uns in der extrem schwierigen Situation, daß weder die KPD(AO), noch die PEI, noch die ML bisher eine politische Tendenzanalyse über die Situation des bunderepublikanischen Spätkapitalismus, seinen anachronistischen westberliner Statthaltern und des spezifischen DDR-Revisionismus erstellt haben.

Da sich die 883 nicht als Fraktion begreift, sondern als Agitationsblatt, sahen wir uns außerstande, diese Analyse ohne solidarische Diskussion mit den Fraktionen zu leisten. Dagegen versuchte man, uns zur Fraktion hochzustilisieren, um uns dann auf dem Teach-in als Popanz abschlachten zu können. Um überflüssige Fraktionsstreitereien zu vermeiden, haben wir das Referat zurückgezogen.

Unsere Initiierungsfunktion und Mitarbeit im Vorbereitungskomitee stand unter dem Gedanken der kämpferischen Aktionseinheit. Ziel der Aktionseinheit sollte die Verteidigung des Spielraums gegenüber Justiz und Polizei sein, den sich die revolutionäre Linke in West-Berlin seit dem 2. Juni erkämpft hat. Gerade in der jetzigen Etappe der Organisierung des bewußtesten Teils des Proletariats und der fortschrittlichen Teile des Kleinbürgertums ist dieser Spielraum lebensnotwendig. Am Mittwochabend haben wir diesen Spielraum erfolgreich verteidigt.

TEACH-IN

Wenn im redaktionellen Vorspann der RPK Nr. 58 über das Teach-in ausgeführt wird: "Das Publikum verhielt sich gegenüber den Referaten der KPD-Aufbauorganisation, der ML und der PEI zum Teil so, als würden ihm im Warenhaus verschiedene Hüte angeboten", dann muß sich die Redaktion sagen lassen, daß es sich bei dem Teach-in nicht um eine Textil-Auktion mit "Publikum" handelte, sondern um eine Aktionsbesprechung aller Genossen für eine Kampfdemonstration des nächsten Tages. Die ironisierende Beschreibung der verschiedenen Aufbauorganisationen als verschiedene "Hüte" läßt auf ein zutiefst unsicheres Verhältnis in der Organisationsfrage schließen. Selbst wenn die RPK-Redaktion im nächsten Satz richtig analysiert, daß das Verhalten der Organisationen auf dem Teach-in als lächerlich noch hinginge - hinsichtlich einer Kampfdemonstration aber gefährlich sei - so treibt sie ihre Selbstkritik nicht über eine abwägende Betrachtung hinaus zu praktischen Konsequenzen für die nächsten gemeinsamen Aktionen gegen die bürgerliche Justiz.

Der Prozeß gegen den Genossen Mahler geht weiter. Das Ehrengericht der Anwaltskammer will in den kommenden Monaten seinen Spruch fällen, die 11. Berliner Zivilkammer wird ihn noch im Laufe dieses Jahres dazu verknacken, Springer die Renovierung seines Glaspalstes an der Mauer zu bezahlen. In Tegel und Moabit sitzen immer noch die Genossen Pawla, Goerke, Georg, Bommi, Bernie und Bär. Bei der Demonstration am letzten Mittwoch wurde der Genosse Horst-Rainer Behrendts aufgrund von falschen Angaben eines außerdienstlichen Bullenoffiziers in Zivil (Neumann) vom Vernehmungsrichter eingesackt. Eine ganze Reihe von studentischen und Arbeitergenossen erwarten trotz der Amnestie Schauprozesse wegen des Angriffs auf das Springer-Hochhaus Ostern 68 und der exemplarischen Verteidigungsschlacht am Tegeler Weg am 4. 11. 69.

Außerdem hat sich Feldherr Hübner für die kommenden Demonstrationen eine neue Taktik ausgedacht. Er kündigte an, "daß künftig Beamte in Zivil einwandfrei erkannte Straftäter unter Umständen erst später festnehmen. In den Fällen nämlich, in denen eine sofortige Festnahme das Risiko zu harter Auseinandersetzung bringt." Deshalb muß vor der nächsten Kampfdemonstration auf dem Teach-in genau diskutiert werden, wie sich die Genossen zu verhalten haben.

Der Hauptfehler, der von allen Rednern auf dem Teach-in mit Ausnahme des Sprechers der PEI begangen wurde, war die Gleichsetzung von "illegaler" Arbeit und Militanz, Putschismus und Gegenterror.

Der Grad der Militanz bei künftigen Aktionen muß sich orientieren an den Versuchen der Konterrevolution durch Amnestie, Polizeiterror und politische Justiz den erkämpften Spielraum wieder einzuschränken. Solche Aktionen haben einen defensiven Charakter, selbst wenn wir taktisch offensiv vorgehen. Wenn man sich die "politische" Rechtsprechung im vergangenen Jahr zum Beispiel im Land Bayern anschaut (ein Jahr mit Bewegung für Wandschmierereien des Genossen Schmitz-Benda, Wetters 9 Monate ohne Bewährung, weil ersich an einer Demonstration beteiligt hatte), dann müßte es für jeden Genossen in Berlin leicht zu begreifen sein, warum wir den Kampf gegen die Justiz nicht einstellen können.

Wir hoffen, daß die Genossen der KPD(AO), der ML, der KPD(ML) aus ihren Fehlern beim Teach-in und dem Vorbereitungskomitee lernen und genau überprüfen, wessen Propaganda auf wen gewirkt hat und daraus praktische Konsequenzen ziehen .

Die Militanz der Demonstration des letzten Mittwochs läßt sich nicht allein aus dem Kampf gegen die politische Justiz erklären, sondern war auch die Antwort der Genossen auf die sich in letzter Zeit häufenden Überfälle der Bullen auf Kommunen und linke Kneipen. Feldherr Hübner täte gut daran, diese einzustellen.

jazz galerie

Bundesallee 194b, Ruf 211 29 19

The Lou Bennett Trio

Bennett(org), Billy Brooks(dr) André Condouant(g)

19.März bis 19.April tägl.außer montags, Gutscheine in allen Jugendklubs u. -freizeitheimen

Kleinanzeigen

Fundgrube

Suche repr.fr. Job, bin 2oJ., habe Waldorfschulabschl. u. abgebr. Bauzeichnerlehre. Tilman Schwoz, 1-33, Schleinitzstr. 4

Junge Gen. su. Architektengen., der ihnen Auskünfte über alles was zum Bau gehört gibt. Wenzel-Steinberg, 1-33, Im Schwarzen Grund 11.

Gen. mit 5jähr. Kind bietet gr. Leerzi. in 2 1/2 Zi Wohn. für Genossin. Kontakt Tel. 211 14 o3

Kinderladen Insbrucker Str. 56 (zw. Bayerischem Pl. - Bundesall.) nimmt noch einige Kinder im Vorschulalter auf. Eltern arbeiten mit. Zusammenkunft jed. Donnerstg. 20.3o im Laden. T.: 71 86 52 od. 86 69 53

Vorsicht mit R. ist z. Zt. problematisch: opportunistisch u. unsolidarisch.

SELTENHEITSWERT!!!weg. Auflös. 2manualiges Harmonium f. 499,- 1 el. Framus-Gitarre neuwertig 25o,-, Halbkorpus, 2 PickUps, Orgelklang+Kabel+HÜlle+Ständer; 1 Kontra-Bass mit HÜlle +Ständer 3oo,-; 1 Harmonium 15o,-; Bei Ronald Mielke 1-36, Sorauer Str. 8,Hinterhof,III, Zettel hinterl. Tel: 618 13 88 öfters vers. ICH LASS MIT MIR HANDELN

Kindergärtnerinn halbtags (wö. 5 mal) f. Studentenwohnheim ges. 4oo,-netto. 31 56 8o

Mieze f. 24 Polit-Pop-Pornos (Kohlen halbe-halbe) die auch intellektuell "quasseln" kann, ges. Wolf, 1-31, Güntzelstr.45

Detlef u. Tamara sollen sofort zum Foto Tonbandreport zu Anneliese kommen.

2 Eckschränke 1 gute Glotze bis 125,-, 1 kl. Eisschrank. Teppiche E-Kochtöpfe, kesse Kleider Gr. 38-4o, Kinderbekl., 4 soz. Wänster, 7-11 Jahre Spielzeug. Alter Bau-od. Wohnwagen. Danker 1-49, Burnett Street 65

Wir su. Damen zur dreimaligen Anprobe eines Oberschenkelhalfters (speziell für Gerichtsverhandlungen) melden unter Kennwort Egon im RC, 1-15, Wielandstr. 27

BILLIG: Gesch. der KPdSU/B, Gesch. d. KPD, Rote Fahne (Zentralorgan)-Abo etc. GESUCHT: Polemik... ZU VERSCHENKEN: Extra-Dienste 69 (alle). Lit-Liste anf. (postf.351, Bln 44)

Hilfe bei Autorep. ges. 6o1 68 35

Verk. Schlagzeug, gut erhalten, 35o,- - 4oo,-. 86 oo 82 62 Klaus Stankowski, 1-33, Binger Str. 7o

Orig. VW-Austauschmotor ca 20 ooo Km, 34 PS, DM 3oo,- mit Montage. 6o1 68 35

Das "B" in der schwarzen Fahne heißt trotz dessen hoher Verdienste nicht Bommi, sond. Bakunin. MR 8 (hl)

Ford 6o Kombi, TÜV1 Jahr, fährt, DM 25o,-. 6o1 68 35

Am Karfreitag(27. 3.) 21 Uhr So - lidaritätsveranstaltung f. den griechischen Widerstand im "GO-In" Bleibtreustr.

Indische Musikinstrumente Das Ding 1- 31, Berliner Str. 127

Wer versch. Möbel (Schreibtisch, Couch od. sonst was)? W. Kleiber, 1-19, Spandauer Damm 113, c/o Melcher

Viel brauchbares Zeug (Staubsauger, TV, Buher, Platten usw.) aus Bozener Str. 9, bei Laregh, Sonntag abzuholen.

Wer nimmt mich 17.4. mit n. Duis - bg. od. Richtg. Düsseldf. u. am 19.4. zurück. Gegen BKB. Maria Nowicki v. 7.3o - 16.oo Uhr 335 1o 91.

Revolution - die richtige Anwendung von bloßer Gewalt und passiver Gewalt! Martin Luther King und Che dort - du und wir hier - was vermögen wir Neues zu erarbeiten und zu praktizieren, um diese SCHEISS-WELT endlich umzukrempeln? Christentum Sozialismus Klassenkampf! Kriegsdienstgegner vereinigt euch! Berufstätige Genossen und Genossinnen (zw. 18 u. 24 Jahre) kommt massenhaft, um in einem Arbeitskreis mehr als ernsthaft zu diskutieren. Unser Ziel ist die Gründung einer Basis für ein Wohnkollekt. Treffp. gibt euch Maria an, zw. 8 u. 16 Uhr (335 1o 91) (Nowikki verlangen!!)

Bestellt die Streikbroschüre, Nr. 1/7o der Zeitschrift "Rotes Zentrum" (92 Seiten, mit Dokumentation zum numerus clausus, zum Leistungsprinzip und zur Bildungsökonomie), Preis 1,5oDM. Bodo Voigt, Frankf./M. Gräfstr. 78

Schließt euch zusammen im "Verein der Gemeinen" zur Gründung einer soz. Gemeinschaftskneipe (Einlage 2oo,-DM) Tel: 86 69 53 od. 887 11 37

F ü h r u n g , garantiert revolutionär (KPD/AO) sucht M a s s e n . Interessierte Massen melden sich bei: Tel: 24 22 26 c/o P.N., J. H.

Gen. Maurer, Maler, Elektriker, Installateure, Tischler arbeitet mit bei der Fertigstellung des Soz. Zentrums!! Eure Arbeitskraft und Hilfe wird dringend benötigt. Meldet euch unter Tel: 883 4o 75!!!!!!!!!!!!

Wer übernimmt meinen Dackel (ganz lieb) während 3 mon. Abwesenheit (1. 4. -1. 7.7o)geg. Bez.? Eilt! Neuß,1- 62, Crellestr. 25, Aufg, II, part. li.

Bald eröffnet Ch'Nan, 1-15, Pfalzburger 11. Tee/ Teegeschirr/ Räucherstäbchen/ Schmuck/ Lampen

Sex-Stories - Frustration usw. Erlebnisse- Wünsche pipapo schreiben an, Wolf, 1-31, Güntzelstr.45

Berufserfahrene Genossen(innen) aus allen Tätigkeitsbereichen des Maschinenbaues für Aufbau einer Produktion ges. 18 21 78 (W. Fritz) ab 17 Uhr

Suche Tafel bis 2o,-DM. Angeb. an: 211 73 7o

5 jähr. Gen. su. Platz in Vorschülerladen. 211 14 o3

Gen. su. dringend repr. fr. Job. Führerschein 3. 211 14 o3

Wer macht billig Entrümpelung? 784 81 o8 (17-19 h)

Freiheit f. John Sinclair (MC 5) und Bommi (CMFC)

Su. kaputtes Batterietonbandger. od Transisterradio zum Ausschlachten. 61 58 13

Suche zuverlässigen Drucker (R2o) 686 48 o8.

3 Mädchen/Kranzler, u-Bhf. - bitte melden 774 94 81

Der Winter geht, annapam kommt mit dem größten Kneipengarten.

DRINGEND
Sabine (Candy) Festag bitte sof. bei Jimmy oder zu Hause melden, da wir sonst große Schwierigkeiten kriegen.

Soz. Kinderladen su. Gen. mit 3- 4 1/2 jähr. Mädchen. Aktive Mitarb der Bezugspers. vorausges. Tel.: 87 59 46

Wer steht auf schwarzer Musik. Soul, J. Brown, Afrika, Trommeln usw. Wer hat Platten? oder spielt selbst oder tanzt (kein Underground und indisch).61 53 8o

Gen. su. repr.fr. Job, Führerschein II. Heinzelmann, 1- 21, Thomasiusstr. 4

Work for English guy needed (ser kleines deutsche). Can drive. Contact by mail or some way Les Punt, 1-36, Oppelner Str. 5

Wir haben beschlossen, uns weiterhin solidarisch zu verhalten. Raul Sendic.

Mercedes 18oD, Gutachten, fahrfertig, 6oo,-DM. 18 27 58

Der Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen fordert alle Törner auf, Vorbereitungen für die diesjährigen SMOKE-INS im Georg von R.-Park zu treffen.

Schüler, 18 Jahre, su. irgendeinen Job für die Osterferien. 813 37 86

Fotokopierger.+ Lumo-Print + Blattspende + 1 ooo Bl. Fotopapier + 21 Aktivator f. 25o,-DM zu verk. Lehmann, 1-21, Siegmund shof, T.: 39o 23 47

Verk: 1 Gitarre EKO,12 saitig 1oo,- (Neupreis 4oo,-); 1 Paar hochschaftige Wildlederboots (aus Londoner Theaterbeständen) 9o,- (Gr.44); 1 Anzug Modell p. Cardin schw. graue Streifen + Hemd + Schlips 15o,-. 3o4 15 52

Das WIR-Gequatsche in Report war eine einzige Schweinerei. Bekämpft jeden Müll!!

Zimmer

2 Zi., Küche, Bad u. Tel. zu verm. Wulf 883 56 51

Leerzi. in Wohngem., Warmmiete ca 11o,-DM, ab sof. 216 98 51

Kochstube, sep. Eing., repr.fr., 37,-DM, Götke, Willibald- Alexis-Str. 3o, II mi.

1 Zi-Wohn. in Kreuzbg., vollst. einger., Abst. 1 ooo,-DM , Tel, Miete 7o,-DM. 368 27 1o(ab 19h)

Wer sucht in Genossenwohn. ab sof. Zi. mit Ofenheizung 5o,- u. 6o,-DM? 1-61, Großbeerenstr. 93, part. re., blaue Tür.

Mietgesuche

Linkskommunistische Eispickelverächter su. 3-4 Zi-Wohn. m. Bad. Tel.: 211 14 o3

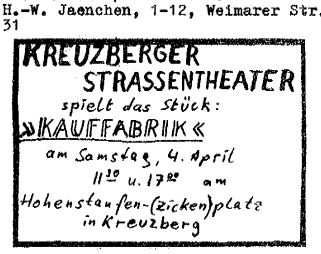
Gen., 21, FU-Anfänger (Lit. u. Soz.) sucht gr. Zi. bis 1. 4., mögl. zentral, ZH, sucht Schreibmaschine, su. Zi, wo er studioähnliche Tonaufnahmen machen kann, su. linken Klavierlehrer ab Mai. Tel: 24 39 o1 (Rüdiger)

Wirkliche Gemeinschaft und nicht den übl. Individualistenrummel sucht jg. Ex-Lehrer in agiler Kommune. M. Lucas, 1-46, Mühlenstr. 4

Wer kann 3 westdt. Gen. üb. Ostern billige Unterkunft (Schlafgel.) geben (Wohngem. o. ä.)? 6o19826

Noch nicht ganz gefestigte Genossin sucht, um dieses nachzuholen, Zi. in Gem.Wohn. für 5o,- bis 7o,- 13 28 66.

Suche dringend zum 1. 4. oder 15.4. absolut repr.fr. größeres Zi. (auch Wohngem.), mögl FU-Nähe, Lichterfelde/Zehlendorf. H.-W. Jaenchen, 1-12, Weimarer Str. 31



Suche 1-Zi.Wohn. o. Zi. in Wohngem. Miete bis 8o,-DM. Ev. auch Besch. mit Kindern. Tilman Schwoz, 1-33, Schleinitzstr. 4.

Weil Rausschmiß bevorsteht, su. ich eine 2-3 Zi Wohn. mit Küche, Bad und ZH, Warmmiete bis 3oo,- Hartmann, 71 81 o4.

Gen sucht 2- 3 Zi Wohn. und billiges Moped. 392(o?) 67 77

Suche 3 - 4 ZiWohn. mögl. Wannsee bis Wilmersdf., Möbelkauf bar mögl. Miete bis 35o,-DM nicht höher als 2.Stock. Anja Danker, 1- 49, Barnett Street 65,part.

Suche 2 Zi Wohn. mit Bad, DM 25o,- Vermittlung 5o,-DM, nach Ostern, Tel: 769 1o 48

Gen. aus Österreich, 24, sucht Anschl. an Kommune od. Wohngem. (Paul) 883 56 51.

1 Zi. mit Bad, mögl. Tel.anschl. od. Wohngem. ges. Rolt Jennes, 2 Hambg.-13, Von-Mille-Park 17.

Junge Genossin/Genosse su. drin. gend sof. 1-2 Zi Wohn. od. Zi. in Wohngem. (Bad- u. Küchenbenutzung) Tel:13 54 11 (Wolfg.)

Genossin mit Kind su. Zi. in Gem. Wohn. Dringend. Bis 11o,-DM H. Strahlendorf, 1- 62, Vorbergstr. 1.

Autos

Erstkl. Ente zu verk. Erst 16 ooo km gel. TÜV neu, Benzinheizung, el. Waschanlage, aus erster Hand. 2 4oo,-DM. 35 48 46 od. 881 94 74

Ich muß leider meine noch nicht 1 Jahr alte Ente verk. Sie ist in gutem Zust. und wechselt f. 3 4oo DM sofort dem Besitzer. Steuern + Vers. im Jahr 3oo,-, Verbr. 4,5l 3o1 24 37

Gute Pizzen und billige Spagh. mampft ihr im San Marino

Altes Lied in der Neuen Welt

16. 3. 7o, 18 Uhr: Zum 2. Mal hatte die GEW-Westberlin zu einer Massenversammlung in der "Neuen Welt" aufgerufen. Auf dem Podium saßen diesmal: 2 Elternvertreter linksaußen, rechtsaußen als Vertreter ihrer Parteien die Herren Oxford (FDP), Lummer (CDU) und Haus (SPD); in der Mitte GEW-Vorstandstypen mit Hanel vom SFB. Den hatte sich diese feine Gewerkschaft als Moderator gekauft, auf daß ja niemand an ihrer Unparteilichkeit und Lauterkeit zweifele.

Die von der Ausbildungsmisere betroffenen Schüler, Lehrer und Eltern wollten verbindliche Antworten auf ihre bedrängenden Probleme einholen. Die GEW wollte sie aber, wie schon am 6. 3., nur als passive Masse, als Applaudierkulisse. Den Abgeordneten waren schriftliche Fragen vorgelgt worden: Grundsätzliches, Personal, Sachmittel und Bauplanung. Dazu sollten sie ihre vorbereiteten Antworten hersagen.

Die Genossen Lehrer, Schüler und Studenten hatten aus der ersten GEW-Versammlung (s. 883, Nr.53) gelernt und Anträge und Redebeiträge vorbereitet. Gleich zu Beginn sollte beantragt werden, die sterile Befragung abzukürzen und in eine offene Diskussion umzuwandeln (dabei wäre dann sogar der Hanel zu gebrauchen gewesen). Aber die Herren am Vorstandstisch stellten sich taub. Als Sprechchöre und zwischenrufe sie weckten, ließen sie schnell zu jedem Fragenkomplex 3 Fragen aus dem Publikum zu. Dann wurden, immer schön der Reihe nach, die Abgeordneten zu den einfältigen GEW-Fragen gehört.

Der Kontra st zwischen deren Blabla und der wirklichen Bedrängnis der Betroffenen in den Schulen führte zu bissigen Fragen ergrimmter Lehrer (auch die Genossen stellten sich nur als Lehrer vor, agitierten noch nicht als Sozialisten). Sie forderten die Zurücknahme von Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer und Schüler, die zum Streik gegen die Ausbildungspolitik des Senats aufgerufen und daran teilgenommen hatten.

Ein Schüler kündigte gegen das unverbindlich-folgenlose Gequatsche der "Volksvertreter" eine Streikdemonstration der westberliner Schüler an (Mittwoch 18. 3.)

Aufgedeckt wurde die Ausbildungsmisere auch an der PH: 3oo Bewerber sind wegen Platzmangel abgelehnt worden; darunter etwa 18o Kommilitonen, die ihr FU-Studium abbrechen wollen aus der politischen Einsicht, daß die Arbeit in den Hauptschulen Vorrang hat vor der in den Gymnasien(s. RPK 58:Zerschlagt den numerus clausus an der PH)

Abgeraten wurde von der GEW-Mitgliedschaft, da GEW-Funktionäre zugleich Senatsposten inne haben, so daß eine Interessenvertretung nicht gewährleistet ist. Gegen das dumme Gerede von Geldmangel wurde die Bürgerkriegsbewaffnung der westberliner Polizei, der aufwendige Bau von U-Bahn, Stadtautobahn und Kulturzentren angeführt. Ein AUD-Flugblatt wies hin auf 7 Mio. Kirchenzuschuß, fast 13 Mio. für sogenannte Stadtsanierung, 71 Mio. für Straßenbau sowie die riesigen Kosten, die die Senatsbürokratie selbst verschlingt. - Der Unwille der Massen und die Anzahl der Frager wuchs. Aufgedeckt wurde die Unfähigkeit der Senatstypen, von denen auf ausdrücklichen Wunsch der GE W keiner Schulfachmann war.

In dieser Situation machte ein Genosse die Manipulation der GEW deutlich, die die Kritik der Massen durch die Beschränkung auf 3 Fragen abwürgte. Er beantragte die Aufhebung dieser Einschränkung - das Mikrofon wurde abgestellt. Er griff sich ein anderes, appellierte an die Mündigkeit der Massen und forderte eine Abstimmung, ehe auch das zweite Mikrofon abgestellt wurde. (Daraus müssen wir lernen, bei Aktionen in Massenversammlungen auch die Technik, Licht und Ton zu beachten. Ein Megafon hätte sehr geholfen.)

Auf die Unverschämtheit der GEW-Bonzen antworteten 2/3 der Anwesenden mit lautstarkem Protest. Sprechchöre forderten Abstimmung und Diskussion. In dieser Situation hätte eine entschlossene sozialistische Lehrergruppe zusammen mit Schülern und Studenten der GEW die Versammlung aus der Hand nehmen und das Podium besetzen können. Als bloßer Appell an die Versammlungsleitung hatte der Protest keine Erfolgschance. Da die Avantgarde fehlte, mußte er bald erlahmen.

Besser als bloßer Kracn schien der Mehrheit dann doch, das Gerede der Abgeordneten über sich ergehen zu lassen, zumal dann wenigstens noch ein paar kritische Fragen gestellt werden konnten. So ist es zu erklären, daß GEW- und SFB-Typ mit ihren seichten Phrasen von Ruhe, Sachlichkeit, Spielregeln und "unseren gemeinsamen Interessen" ankamen.

Doch die Konsumhaltung, der bürgerliche Respekt vor der Form war durchbrochen, die Massen anpolitisiert. Das zeigt sich auch daran, daß die weiteren Frager sich nicht mehr am jeweiligen Fragenkomplex, sondern an ihren Bedürfnissen orientierten.

Mit Mühe konnte die GEW ihr Programm über die letzte Runde retten und sabotierte dann unter Hinweis auf die Zeit die geforderte Diskussion.

Um dem Kampf gegen die GEW und den Senat im Ausbildungsbereich sinnvoll führen zu können, ist es nötig, aus diesen beiden Versammlungen zu lernen. Da: gilt insbesondere für die noch wenigen sozialistischen Lehrer, die energisch den Aufbau einer Lehrerorganisation vorantreiben müssen.

SFB Buntfeilen ist Trumpf

Wie man dem Bürger mal recht in die Tasche langen kann dafür liefert der Sender Franz Barsig (SFB) dieser Tage wieder ein schönes Beispiel.

Alles in Farbe lautet die Parole. Einschließlich der Produktionen der Tagesschau und Abendschau wird jetzt jeder Film, den der SFB herstellt, schön bunt gedreht.

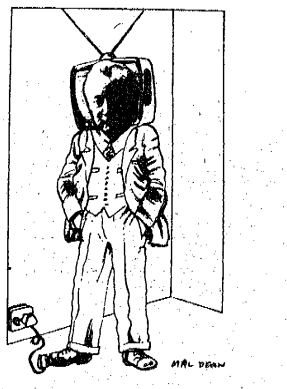
Das Material dazu ist teuerer, das Entwickeln kostet mehr Geld, Einrichtungen und Maschinen müssen der neuen Masche angepaßt werden, Millionen teure Farbaufnahmewagen wurden gekauft. Auch ein schönes neues Haus hat man jetzt. Das kostet natürlich alles ein bißchen.

Also erhöht man die Gebühren. Klar!

Und wer profitiert von dem Fortschritt in der Fernsehtechnik? Der Kunde, der der in die Glotze starrt? Eben da liegt der Hase im Pfeffer. Nur 6 % aller Fernsehbesitzer, das sind 5o ooo von 8oo ooo, genießen die Neuerung. Die konnten die Tausender für ein Farbgerät hinblättern. Die anderen sehen weiterhin in Farbe gedrehte Streifen schwarz-weiß und schwarz-weiß gezeigte Buntfilme sind nicht immer sehr prägnant auf dem Schirm.

Bürger Fernseher, bleibe auch Du nicht hinter dem Fortschritt zurück. Kauf' Dir ein neues Gerät! Dein Nachbar hat auch schon eins!

Es lebe die Industrie!



Politik & Pornografie:

Schaffen wir dänische Pornografie-Zustände in der Bundesrepublik! Zwingen wir die Herrschenden, den Paragraphen 184 abzuschaffen, indem wir massenhaft Pornos verbreiten! Kämpfen wir gegen jegliche Sexualunterdrückung!

FRIEDEMANN HAHN
FICK IN GOTHAM-CITY
Texte, Comics, Fotos, Zeichnungen.
Paperback, ca. 90 Seiten, vielfarbig, DM 10,–
Aus dem Inhalt
Paare aus Gotham-City und Umgebung zeigen über 150 Liebespositionen. Ein Gedicht für Coca-Cola. Der Transvestit vom vorigen Abend im London-Coffee-Club-Casino. Küsche: Nutten in St. Pauli. Superchristus entscheidet den phantastischen Kampf Batman gegen Superman. Auf der Leinwand lauter wabblige Fleischmassen. Tripper hat nicht viel mit einem Trip gemeinsam. Hinten in der Ecke steht einer und zeigt seinen Schwanz. In Farbe: Bilder von Drakula, Frankensteins Monster, Nosferatu, King Kong usw. GOGOGO BABY ZOOOOM! GRAHHRRRR ZOFFF BLANG OH BABY DU BIST WUNDERBAR!

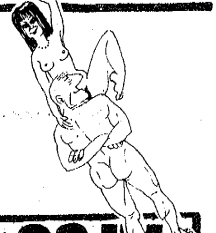
Ulf Miehe
Ab sofort liefern wir folgende Artikel auf Teilzahlung
Eine Politpornografie
Diese Text-Grafik-Foto-Montage wider die Strafbarkeit der Pornografie gilt der „Lächerlichmachung jenes Gebräus aus Heuchelei und Impotenz" (Karl Kraus).
Volksausgabe, Paperback, 92 Seiten, vielfarbig, DM 10,–

exitus
„Bösartig, infam." Die Tat, Zürich
Doppelheft 7/8 ist soeben erschienen – im neuen Format DIN A4 – diesmal auch mit Pornografie: Beiträge u. a. Lyrik über das Ficken. Der politische Stellenwert von Pornografie. Berliner Scheißhaussprüche. Pornografie und Postgeheimnis. Wie reaktionär ist der DUDEN?
Doppelheft DM 5,– + DM 0,60 Versandspesen.

Bezug der drei Titel gegen Altersangabe vom Verlag Klaus Bär, 1 Berlin 30, Nürnberger Str. 24 a, gegen Voreinsendung des entsprechenden Betrages auf das Postscheckkonto Berlin West 2826 88 (K. Bär) mit dem Stichwort „Miehe", „Hahn" bzw. „EXITUS" oder per Nachnahme zuzüglich NN-Spesen.

Verlag Klaus Bär Berlin

Kapital unser -
das Du bist im Westen,
amortisiert werde Deine Investition
Dein Profit komme
Deine Kurse steigen (Deutschland
wie in Wallstreet - als auch in
uns'ren täglichen Umsatz gib uns heute
und verlägere unsere Kredite
wie wir sie stunden uns'ren Gläubigern
und führe uns nicht in Konkurs
sondern erlöse uns von den Gewerkschaften
denn Dein ist die halbe Welt
und die Macht
und der Reichtum
seit 2oo Jahren !



Ein Forum **GO-IN** Arena
TEL. 881 32 18
BLEIBTREUSTRASSE 17
FOLKLORE
CAFE-THEATER
GALERIE
LYRIK FILMCLUB

Reichskabarett
1 - 15, LUDWIGKIRCHSTR. 6, Tel. 881 ab 17, tägl. außer Mo., Beg. 2000
Programm: EX UND HOPP
Fr. Sa: 23 Uhr Tanterburg & Co - Fr. So. 3o. Theater f. Kinder

nicht irgend eine, die beste PIZZA
PIZZA ROMA
PIZZERIA ROMA
am RATHAUS SCHÖNEBERG !!!
Treffpunkt der Linken
Belziger Str. 60 tägl. ab 18 h Tel. 7115 60

FÜHRERSCHEIN!
schnell preiswert reparfrei
FAHRSCHULE Lehmann-Höck
1-41, Rathenower Str. 5 Bus 24, 86, 90 35 15 89
DI. & FR. von 18 00 bis 20 00

DIE SIEGREICHEN DREI AUS AMERIKA
LEE – LEVIS – WRANGLER
JEANS-SHOP
KANTSTRASSE 154 A ECKE FASANENSTRASSE 2 10 03

annapam
DAHLEM-DORF KÖNIGIN-LUISE STR 40
U-BAHN A 68, 10, 1
NEBEN JÜRGENS BUCHLADEN

VOR DER FUßBALL WM in MEXIKO

Auf dem „Platz der drei Kulturen" im Stadtteil Tlatelolco in Mexico City patrouillieren Soldaten

"Ich gebe nicht zu, daß überhaupt politische Häftlinge" existieren. "Politischer Häftling" ist, wer seiner Freiheit beraubt ist nur wegen seiner politischen Ideen, ohne irgendein Vergehen begangen zu haben."

Das erklärte der mexikanische Staatspräsident Gustavo Diaz Ordaz am 1.September 1968, als die mexikanischen Studenten vor den Olympischen Spielen die Freilassung der politischen Häftlinge gefordert hatten.
Einen Monat später wurden beim "Tlatelolco" im Zentrum der Stadt Mexico mehr als hundert Personen planmäßig umgebracht, als Armee und Polizei eine friedliche Protestkundgebung der Studenten zusammenschossen.

Die Zahl der politischen Häftlinge wuchs um viele Professoren und Studenten, die seit der Metzelei noch immer auf einen Prozeß warten.

Der folgende Brief zeigt, wie man in Mexico mit politischen Häftlingen umgeht.
Der Journalist Mario Menendez Rodriguez wagte es, den Brief in Mexico zu veröffentlichen. Er schreib zu der geschilderten Aktion: "Sie beweist, daß die Perversion ein Charaktermerkmal der Machthaber in Mexico ist."
Zwei Wochen danach wurde Menendez in das selbe Gefängnis eingeliefert, aus dem der Bericht stammt.
Die Fussballweltmeisterschaft steht vor der Tür.
Zur Einstimmung veröffentlichen wir diesen BRIEF AUS MEXICO

Wir politischen Häftlinge wurden jetzt Objekt einer neuen Provokation, von der Regierung organisiert mit dem Ziel, einen kollektiven Mord auszuführen, ein "Tlatelolco" im Gefängnis von Lecumberri. Bei dem Angriff gegen die politischen Häftlinge am 1. Januar, organisiert und ausgeführt vom Gefängnisdirektor Brigadegeneral Andres Puentes Vargas an der Spitze einiger hundert gewöhnlicher Häftlinge, wurden schwerverletzt: der Genosse Jose

Luis Nunez vom Gang C durch Schußwunden, der Genosse Rafael Jacobo vom Gang C durch mehrere Dolchstiche, der Genosse Gilberto Balam vom Gang N mit Gehirnerschütterung und Schnittwunde am Kopf, außerdem Dutzende anderer Genossen mit Schlägen, Prellungen und Schnittwunden.
Dieser Versuch eines Gemetzels unter den politischen Häftlingen war sorgfältig organisiert und von langer Hand vorbereitet.
Er wurde von der Gefängnisbehörde methodisch ausgeführt, die dabei Befehlen der Regierung gehorchten. Das beweisen die Tatsachen, die wir jetzt mitteilen.

Als am 1. Januar die Angehörigen der politischen Gefangenen, und zwar einzig und allein Frauen und Kinder, ihren Besuch beendeten, - Männer müssen vorher gehen -, wurden sie von der Gefängnisleitung verhaftet. Man hinderte sie, nach Haus zu gehen und ließ sie, eingesperrt in einem Gang, warten. Etwa um 20.30 Uhr hörten wir politischen Häftlinge zum ersten Mal, wie die Frauen und Kinder im Chor riefen. Es waren unsere Angehörigen, die forderten, man möge sie gehen lassen.

Als unser Vertreter der Gänge M, N und C um ein Gespräch mit der Leitung baten, um eine Lösung für diese Situation zu finden, erlaubte man ihnen nicht, ihre Gänge zu verlassen, und sie erhielten auch keine Antwort, weder vom Direktor noch von seinen Untergebenen, die die Besucher gefangen hielten.

Besorgt über diese Lage verließen die politischen Häftlinge die drei Gänge, um ein Gespräch mit dem Direktor zu fordern und zu erfahren, was man mit unseren Angehörigen, deren Schreie man weiter hörte, vorhatte.

Als wir uns im Mittelgang, dem sogenannten Rundgang, andem die Türen zu allen Gängen liegen trafen, fanden wir, daß der Weg versperrt war und zwar nicht durch Wachmannschaft, die in diesem Moment überhaupt nichts unternahm, sondern durch einige hundert gewöhnliche Gefangene, denen man die Türen ihrer Gänge

geöffnet hatte, angeführt von Brigadegeneral Andres Puentes Vargas und einer Gruppe von Gefolgsleuten der Direktion, den sogenannten "Majoren" und "Kommandos" der Gänge der gewöhnlichen Häftlinge.

Alle waren bewaffnet mit Rohren, Stangen, Dolchen und Macheten und die Anführer waren zum größten Teil unter dem Einfluß von Drogen und Alkohol, völlig außer sich.

Nach Augenzeugen wurde die Tür zum Gang F persönlich vom stellvertretenden Direktor, Major Bernardo Palacio Yanez geöffnet. Wir selbst waren Zeugen, als die Zellenwärter auf Befehl und in Anwesenheit des Direktors die Tür des Ganges E öffneten und die Häftlinge zum Angriff gegen uns aufhetzten und als die Mehrheit der Häftlinge dieses Ganges sich weigerte, in diesem Moment herauszukommen.

Als die Genossen, die an der Spitze der politischen Häftlinge gingen merkten, daß es sich um eine Falle handelte, vorbereitet, um uns zu dezimieren, riefen sie sofort zum Rückzug und machten laut klar, daß es sich um eine organisierte verbrecherische Provokation handelte.

In dieser Situation griff der General Puentes Vargas - ohne auf die Genossen politischen Häftlinge zu hören, die mit ihm zu sprechen versuchten - seine Pistole, schoß einpaarmal in die Luft, um die gewöhnlichen Häftlinge, an deren Spitze er stand anzufeuern und befahl ihnen, uns anzugreifen. Sein Befehl wurde von allen anwesenden Genossen gehört.
Wir politischen Häftlinge zogen uns in Richtung auf unsere Gänge zurück. Wir versuchten so, einen Zusammenstoß mit den gewöhnlichen Häftlingen zu vermeiden, besonders aber mit den Agenten der Direktion, die aufgeputscht und betrunken die Anführer spielten und auf kein Wort, kein Argument hörten.
Während wir uns zurückzogen, wurden wir mit Stangen, Knüppeln, Messern usw. von den Gefolgsleuten der Direktion angegriffen, die die Attacke leiteten. Diese wurde zur gleichen Zeit unterstützt durch Gewehr- und Pistolenfeuer von Mauern und Dächern, die von Zellenwärtern besetzt waren. Das Feuer war nicht etwa darauf gerichtet, dem Angriff Einhalt zu gebieten, sondern darauf, uns politische Häftlinge zum ungeordneten Rückzug zu zwingen, und so zu ermöglichen, daß man uns einzeln umbrachte. Wenn es unter diesen Bedingungen keine Toten gegeben hat, so liegt das daran, daß die übergroße Mehrheit der Genossen politischen Gefangenen besonnen blieb, verstand, daß es eine Provokation war, und sich geordnet in die Gänge zurückzog.

Die drei Gänge der politischen Häftlinge wurden sofort von Dutzenden der Direktion ergebenen gewöhnlichen Häftlingen überfallen, d.h. von der ausgewählten Verbrecherbande, die die Gefängnisleitung organisiert, um ihren Terror über die gewöhnlichen Häftlinge aufrecht zu erhalten und um ihre Geschäfte mit Rauschgiften, Getränken und vielen anderen Dingen zu schützen.

Diese Elemente drangen in den Gang M ein und schlugen die Genossen, die sich dort befanden. Ebenso griffen sie den Gang C an. Als einige Genossen die Eingangstür zu verteidigen suchten, wurden sie von den Zellenwärtern von der Mauer herunter beschossen, andere wurden durch die Angreifer geschlagen. Hier wurden die Gen. José Luis Núnez - durch Schußwunde - und Rafael Jacobo - durch Dolchstiche - verletzt. Sie befinden sich in schlechtem Zustand.

Als diese beiden Gänge erst einmal besetzt waren, öffnete die Direktion die Türen anderer Gänge mit gewöhnlichen Häftlingen und erlaubte ihnen, die Gänge C und M zu plündern. Die gewöhnlichen Häftlinge, freigestellt von der Direktion und unterstützt von der Wachmanschaft, plünderten beide Gänge methodisch, mit volliger Ruhe und Bedachtsamkeit.
Sie nahmen sich absolut alles Eigentum der politischen Häftlinge;

Titelbild aus Mexiko-City: Militär nimmt bei der Besetzung der Nationalen Universität Demonstranten fest. AP-Foto

Kleidung, Radios, Bettzeug, Matratzen, Küchenzeug, persönliche Gegenstände, absolut alles. Außerdem verbrannten sie Hunderte von Büchern. Dieselben Elemente versuchten mit Gewalt, den Gang N zu betreten, in den wir Bewohner dieses Ganges und viele Genossen aus den Gängen C und M uns eingeschlossen hatten. Der Überfall wurde auch diesesmal wieder, durch heftiges Gewehrfeuer gegen die Häftlinge des Ganges N unterstützt. Durch die Tür hindurch konnten wir den Überfall abweisen, obwohl verschiedene Genossen durch geworfene Flaschen und durch Steine sowie durch Hiebe mit Stangen verletzt wurden.

Zu diesem Zeitpunkt zogen sich die Belagerer zurück, um an der Plünderung der Gänge C und M teil zunehmen. Minuten später, als die Belagerer sich schon von der Tür zurückgezogen hatten, wurden wir, die im Gang eingeschlossenen Häftlinge erneut durch die Zellenwärter angegriffen, die von den Dächern und von den benachbarten Gängen aus eine dritte gewaltige Schießerei gegen unseren Gang entfesselten. In den Wänden blieben die Einschußspuren von Mausern und Pistolen.

Die Angriffe ließen nach. Die Aufmerksamkeit der Gefängnisleitung und der von ihr geführten Häftlinge konzentrierte sich auf die methodische Plünderung der Gänge M und C. Sie dauerte ungefähr zwei Stunden. Während dieser Zeit nahmen sich die Räuber, unter dem Blick der Zellenwärter, was immer sie fanden.

Während wir im Augenblick diese Bekanntmachung verfassen, sind es 24 Stunden, daß bewaffnete Banden von gewöhnlichen Häftlingen, organisiert von der Direktion, ununterbrochen die Flure des Gefängnisses entlanglaufen und damit drohen, die Gänge der politischen Häftlinge erneut zu überfallen. Die Zellenwärter beschränken sich darauf, das Schauspiel zu betrachten; sie warten auf Befehle, die Räuber erneut zu unterstützen.

Wir politischen Häftlinge des Ganges N, die wir zusammen mit einer ganzen Anzahl von Genossen aus den Gängen M und C uns in diesen Gang geflüchtet haben, haben in der Zwischenzeit dauernd Drohungen erhalten, daß Banden von gewöhnlichen Häftlingen, organisiert von der Direktion, einen neuen Überfall vorbereiten, um sich auch dieses Ganges zu bemächtigen. Unser Gang ist belagert. Man erlaubte nicht, daß Lebensmittel hereinkamen. Außer einem unserer Anwälte durfte uns auch niemand besuchen. Unter diesen Bedingungen und angesichts der Drohungen bleiben wir in einem Zustand permanenter Aufmerksamkeit und Wachsamkeit, wie wir es schon seit dem ersten Moment organisiert haben.

Alle die bisher aufgeführten Tatsachen beweisen ohne auch nur den Schatten eines Zweifels, daß es sich um eine verbrecherische Provokation gegen die politischen Häftlinge mit dem Ziel handelt, ein Gemetzel zu veranstalten und es als einen "Vorfall" mit den gewöhnlichen Häftlingen auszugeben. Sie beweisen, daß eine Aktion ähnlicher Art nicht unter der alleinigen Verantwortung eines Gefängnisdirektors durchgeführt werden konnte, sondern daß es ein - von der Regierung angefangen - politischer Terrorakt ist gegen die politischen Häftlinge, ihre Angehörigen, die Studenten und die Massen im allgemeinen, um auf die wachsende Kampagne für die Freiheit aller politischen Häftlinge zu antworten, die sich in Mexico und in der Welt entwickelt. Sie beweisen, daß nur die Besonnenheit der Politischen eine wahre Metzelei verhinderten und so die Absichten der Herrschenden zunichte machte.

Wir politischen Häftlinge haben schon bei früheren Gelegenheiten die mörderischen Absichten der Regierung gegen uns angeklagt. Diese Anklge ist von Arbeiter- und Studentenorganisationen und von Intellektuellen in der ganzen Welt aufgegriffen worden. Die jetzige

Provokation ist seit langer Zeit vorbereitet durch eine Kampagne von Geschichten die gegen uns verbreitet werden. Diese Kampagne hat sich verschärft anläßlich des Hungerstreiks, den eine große Gruppe von Genossen aus den Gängen C und N seit 3 Wochen durchführt.

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung v. S. 5

MEXIKO

Erst vor 2 Tagen veröffentlichte die Zeitung "La Prensa" eine Mitteilung angeblich aller gewöhnlichen Häftlinge, aber unterschrieben nur von den Führern der Gänge, den Gefolgsleuten der Direktion, die den jetzigen Angriff auf direkten Befehl des Brigadegenerals Andrés Fuentes Vargas ausführten. In dieser Mitteilung attackierte man die politischen Häftlinge. Das war die unmittelbare Vorbereitung der jetzigen verbrecherischen Provokation. Dies ist einer der vielen Beweise für die Vorbedachtheit, mit der die Provokation organisiert war. Während der ganzen Attacke verloren weder der General Fuentes Vargas noch seine Untergebenen in irgend einem Augenblick die Kontrolle über die Lage. Wirklich jeder einzelne Schritt der gewöhnlichen Häftlinge wurde auf ihren Befehl hin getan, vom Angriff über die Plünderung bis hin zu den Provokationen der letzten 24 Stunden.

Dieser Angriff ist auch durch die Pressekampagne von Journalisten des Präsidialamtes vorbereitet worden. So hat der Polizist Ernesto Julio Teissier in "Novedades" eine niederträchtige Kolumne geschrieben, voll von ständigen Beleidigungen und Drohungen gegen die politischen Gefangenen.

In diesem Moment ist die Gefängnisleitung in den Händen des Generals Renato Vega Amador, Chef der Schutzpolizei des Bundesbezirks. Er hält die Banden bewaffneter Häftlinge im ganzen Gefängnis in Bewegung. Das Bebäude ist umzingelt von Grenadieren und anderen Kräften der Repression.

Wir politischen Häftlinge bitten um keinerlei Schutz bei der Regierung, die das Gemetzel von Tlatelolco veranstaltet hat, die täglich das ganze mexicanische Volk mit den unsäglichsten Methoden unterdrückt, die ununterbrochen damit gedroht hat, uns und unsere Angehörigen mit Hilfe bewaffneter Banden wieder sogenannten "Roten Baretts von Netzahualcóyotl" zu ermorden, und die sich fähig gezeigt hat, sich bei ihrer Unterstützung auf verbrecherische Banden gewöhnlicher Häftlinge zu stützen - auf die selben Banden, die die Mehrheit der Häftlinge dieses Gefängnisses unter Terror halten - und an die Spitze besagter Banden noch einen General der Nation zu stellen.

Wir bitten sie um nichts, und wir erwarten auch nichts von einer Regierung, die auf die Methoden des Mords und der Plünderung zurückgreift, um uns und das Volk von Mexico einzuschüchtern. Die Regierung muß wissen, daß sie uns nicht einschüchtert, das wir unseren Kampf vorsetzen und das sie vor dem Volk von Mexico und vor aller Welt verantwortlich sein wird für diese Verbrechen und für diese Methoden - die selben Methoden, mit denen sie jeden Tag die Massen des Landes unterdrückt: Gewalt, Mord und Plünderung der Heime von Arbeitern und Bauern.

Wir politischen Häftlinge von Mexico wenden uns an die Arbeiter, an die Studenten, an die Bauern, an die Hausfrauen, an die Werktätigen des ganzen Landes und der ganzen Welt um diese verbrecherischen Verfahren anzuprangern.

Wir erklären, das der Organisator einzig und allein die Regierung ist, angefangen bei dem Präsidenten der Republik. Wir erklären, das dieses Gemetzel die Fortsetzung der Prozesse und der Urteile ist. Bei ihrem Bestreben, die Massen und uns politische Häftlinge, die wir den Kampf vorgesetzt haben, fürchtend zu machen, breitet die Regierung einen kollektiven Mord als Mittel terroristischer Einschüchterung des ganzen mexicanischen Volkes vor.

Wir rufen dazu auf, diese Tatsachen auf jede mögliche Weise, über alle Organisationen der Arbeiter, Studenten, Bauern Mexicos und der ganzen Welt bekannt zu machen.

Wir rufen dazu auf, sich zur Verteiligung des Lebens der politischen Häftlinge zu mobilisieren, um den ständigen Angriffen und Provokationen einhalt zu gebieten.

Wir rufen dazu auf, die sofortige und bedingungslose Freiheit aller politischen, gewerkschaftlichen und bäuerlichen Häftlinge zu verlangen.

Die Kommission der politischen Häftlinge des Ganges N.

VICTOR RICO GALAN
EDUARDO FUENTES DE LA FUENTE
CESAR CATALAN
FRANCISCO COMMENARES
FABIO BARBOZA

Gefängnis von Lecumberri, 2.Januar 1970

Aufstand in US-Militär...

MANNHEIM, 19. März (dpa). Bei einem Aufstand in amerikanischen Militäreinheiten in Mannheim sind nach Angaben der Europa-Hauptquartiere der amerikanischen Armee 17 Menschen, darunter fünf amerikanische Soldaten, verletzt worden. Der sachschaden beläuft sich auf 25 000 Mark. Wie das Hauptquartier am Mittwoch mitteilte, ereignete sich die Meuterei bereits am Wochenende. Nachdem eine Zeile wegen des Verschwindens eines Messers aus dem Speisesaal durchsucht worden war, seien die Häftlinge über die anderen aus den Zellen ausgebrochen. Einer der Häftlinge habe die anderen aus den Zellen befreit.

I. R. 20.3.70

MACHT DEN GENERÄLEN DAMPF - KLASSENKAMPF !

Genossinnen und Genossen haben mehrere Wochen lang vor den amerikanischen Kasernen die GI-Zeitung UP AGAINST THE WALL verteilt. Trotz massiver Unterdrückungsversuche seitens der Militärpolizei und der deutschen Bullen war die Kampagne erfolgreich: die Masse der GIs in Berlin hat die Zeitung bekommen. Die zweite Nummer ist schon in Vorbereitung.

MPigs und Bullen versuchten mit allen Mitteln, die Genossen einzuschüchtern und sie am Verteilen zu hindern. Sobald Genossen vor den Kasernen auftauchten, alarmierten die deutschen Wachen die Militärpolizei. Die erschien dann augenblicklich und brachte gleich einen deutschen Bullen mit. Die Personalien wurden aufgenommen und außerdem interessierten sie sich für eine sogenannte Unbedenklichkeitsbescheinigung. Aufgrund des Stadtreinigungsgesetzes muß man sich von den Bullen bescheinigen lassen, daß die Verteilung einer Zeitung unbedenklich ist.

Mehreren Genossen drohen jetzt Strafbefehle, da sie der Meinung waren, daß es die Bullen gar nicht angeht, wann sie wo welche Literatur verteilen. In mehreren Fällen wurden Zeitungen beschlagnahmt.

In Zehlendorf wurden zwei Genossen gewaltsam von deutschen Wachen in die McNair-Kaserne geschleppt, nachdem sie sich geweigert hatten, den Wachen ihre Zeitungen auszuhändigen. Ein Genosse versuchte, die Zeitungen in Sicherheit zu bringen und lief auf die Straße. Er wurde von einer Wache mit der Pistole bedroht und gewaltsam zurückgeschleppt. Beide Genossen bekamen eine Anzeige wegen Straßenverschmutzung, obwohl selbstverständlich nicht ein einziges Exemplar herumlag.

Daß es dem Militär und den Senat nicht um die Sauberkeit der Straßen geht, zeigte sich in den folgenden Tagen, als die Genossen trotz vorhandener Bescheinigungen weiterhin belästigt wurden.

Ein Bulle meinte, wir sollten die Amis man nicht verärgern und außerdem gehe ja aus der Bescheinigung nicht hervor, daß die Zeitung legal sei.

Das war natürlich vollkommener Blödsinn und die Genossen ließen sich auch nicht bluffen. Sie bestanden auf ihrem Recht und der Bulle mußte schließlich klein beigeben, nicht ohne noch dunkle Andeutungen zu machen, daß Besatzungsrecht Landesrecht bricht.

Dies spielte sich im Büro des "provost marshalls" (militärischer Staatsanwalt) ab, wo nach Aussagen der Genossen eine Lagekarte von Berlin hängt, auf der fein säuberlich der Verlauf der Mahlerdemonstration sowie die einzelnen strategischen Punkte (Amerikahaus, U-Haft usw,) eingezeichnet waren. Auch wenn die Imperialisten sich unauffällig verhalten, sollten wir nicht vergessen, wer die Herren hier sind. Sie tun es auch nicht.

Wir müssen die Kollaboration der Imperialisten und der Senatsbullen beantworten, indem wir weiterhin die GIs solidarisch unterstützen. Helft mit die nächste Nummer zu verteilen. Unterstützt den Widerstand der GIs. Bekämpft den Imperialismus an allen Fronten.

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM★DORF
Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40
LINKE LITTERATUR + POSTER + GRAFIK (auch Fachbücher) nahe U-Bahn

IMPRESSUM: Verantwortlich: Redaktionskollektiv "883" ocim AGIT-SOMP:
Eva-Maria Albrecht, Thomas Bauer, Wulf Blume, Tilman Fichter, Wolfgang Grundmann, Thomas Knauf, Dirk Schneider, Gil, Günther Langer.

Für namentlich gezeichnete Artikel ist der Verfasser verantwortlich. Flugschrift für Agitation und soz. Praxis, 1-15, Uhlandstr. 52. Tel.: 883 56 51. Fschkto:"Gruppe A" 221 241, Bln-W. Redaktionsschluß Dienstag Abend. Druck: Zahl-Wienen, 686 48 08. Kleinanzeigen (2,-), Texte usw. können auch in den Briefkasten in der TU-Mensa geworfen werden. "883" wird hauptsächlich in Kneipen und auf der Straße verkauft. Sie hat eine Auflage von 6 000 Exemplaren. Man kann "883" auch abonnieren. Das kostet 1o,- DM pro Vierteljahr. Bei Gruppenabonnements bleibt der Preis bei 5o pf + Porto.

Im Zentrum ist "883" erhältlich bei:
edition et, Europa Center;
Siepert, Hardenbergstr.;
K. Röhrbein, Ludwigkirchstr.;
Polit. Buch, Nietzenburger Str.;
ZIF, Uhlandstr. 56;
Kiosk Schützenstr. E. Kudamm;
Zeitungsladen Knesebeckstr. E. "Montanus", Ku'D. /Goethestr.;

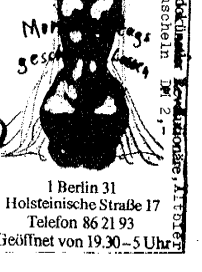
UNTERSTÜTZT DIE REVOLUTION NICHTIMMER MIT WORTEN SONDERN MIT..... TATEN

BESTELLSchein

Quartal 1o,-DM

Name.....
.....
Adresse.....
.....
.....

POOPO
Alle Posters zu Lächel-Preisen
Wasserpfeifen und andere Spezialpfeifen
Schmuck, Flöten, Räucherstäbchen
Gebrauchte Pop-Platten (auch Ankauf)
Dauernd was Neues
HEADSHOP
Berlin 31 Sigmaringer Str. 12
Mo-Fr 1600-1830

Tina Putt
»Zur Wanne«

Anfänger Jungfilmer Schriftsteller und ganz Normale
die Kneipe für Künstler Pseudokünstler Lebenskünstler etc.
Di. Museum DM 2,-
1 Berlin 31
Holsteinische Straße 17
Telefon 86 21 93
Geöffnet von 19.30 - 5 Uhr

883 und das KRISENGESPENST

Wo blieb 883 letzte Woche ?

In den Kiosken und Buchläden gab es in der letzten Woche keine 883. Auf den Kneipentouren blieben die Gen. Verkäufer aus. 883 war nicht termingerecht auf dem Markt. Was war los? Warum ist 883 nicht erschienen?

Wer direkt nachfragte hörte immer: "Es gibt politische Gründe." Wir wollten das Teach-In abwarten und die Demonstration am Mittwoch. Und wir sind ein bißchen ausgelutscht und kaputt. Eine Pause muß mal sein.
Na gut gut. Das mag es geben. Also nächste Woche wieder.

Natürlich, Gründe etwas nicht zu tun gibt es immer. Aber steckt nicht mehr dahinter. Hängen die Genossen von der Redaktion nicht mehr durch als sie zugeben?

Wie war's früher ?

54 Wochen, länger als ein Jahr gibt es jetzt die Zeitung.

54 Wochen, das bedeutet ebenso lang grimmigste Schufterei, endlose Diskussionen, politische Kämpfe, Ringen um die korrekte Linie, nächtelang Falzen in Handarbeit, Verkaufen in den Binten und auf der Straße.

54 Wochen 883, das waren durchwachte Nächte, Widerstand gegen das Versacken in Subkultur oder Terrorismus, Abwehr von kleinbürgerlichen oder kapitalistischen Tendenzen in der Gruppe, Kampf gegen Opportunismus, Revisionismus und Dogmatismus. Die 54 Wochen waren geprägt von Kritik und Gemotze von draußen, was Anerkennung und aktive Mitarbeit meist überwog. Viele Mitarbeiter schieden aus der Redaktion aus, sie machten schlapp, es gab Psychoterror und Nervenzusammenbrüche. Und doch gab es mit 1 größeren Unterbrechung jede Woche die neue Nummer der 883.

Wir bekamen von niemandem Geld, die Seitenzahl stieg, die Papier- und Druckkosten stiegen. Wir brauchten Produktionsmittel, Autos, Schreibmaschinen, Telefon, Arbeitsmaterial. Die Mehrarbeit zwang einige Genossen mit Jobs nebenbei aufzuhören. Die Zeitung musste ihnen das minimalste Existenzminimum sichern. Wir mußten mit dem Preis heraufgehen. Eine soz. Massenzeitung der Tendenz nach wie 883 kenn nur billiger sein innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft, wenn eine machtvolle Organisation die Zeitung auch finanziell stützt, wenn durch einen überzeugenden, lebendigen Stil die Auflage steigt gemäß der Mobilisierung zu der sie beiträgt, wenn alles Wissen und Lernen der Massen und der führenden Partei in der Zeitung ihren Niederschlag findet.

Bemühen um Organisation

Die Geschichte von 883 ist die Geschichte der Bmühungen um diese Organisation der soz. Opposition. Die vergangenen Nummern widerspiegeln die Veränderungen unserer Kampfesformen, die Organisationsansätze, die Debatten darüber, und sie beweisen zwischen den Zeilen den Abbau von Organisationsfeindlichkeit der kleinbürgerlichen mobilisierten Massen.

In dieser Entwicklung - aufzeigbar an Artikeln und Beiträgen - zeigt sich ebenso das Ringen gegen Opportunismus, Putschismus, Individualismus und Revisionismus wie in den internen Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion. Wir haben die Partei angesteuert, indem wir die Kompromißlosigkeit in ersten Fraktionsauseinandersetzungen vorantrieben. Die künftige Organisation, die kommende Partei mußte, so glaubten wir, aus diesen Auseinandersetzungen nachprüfbar und glaubwürdig durch ihre Praxis im politischen Kampf hervorgehen.

Die AO taucht auf

Und plötzlich, gleichsam über Nacht, gibt es die neue Organisation. Neben der aus der Bundesrepublik per Schreibtisch importierten KPD/ML und der Übergangsorganisation Marxisten-Leninisten Westberlins (ohne sichtbare Praxis) präsentiert sich seit einem halben Monat jetzt die KPD-Aufbauorganisation (AO). Mit ihrer "Plattform" (RPK Nr. 56/57), mit der praktisch vollzogenen Übernahme der Roten Presse als Sprachrohr, mit fester innerer Struktur ("ZK"), mit Führungsanspruch und der Forderung nach unbedingter Disziplin wirbt sie zur Zeit intensiv in Kooptationsgesprächen um die Genossen, die bisher in Roten Zellen, Betriebsgruppen oder anderen "Arbeitenden Gruppen" handwerkelten.

Woran liegt das? Was ist geschehen? Woher rührt dieser Widerspruch, oder ist es nur ein scheinbarer Widerspruch?

Wider die Abwiegelei

Wenn wir diese Fragen beantworten wollen, müssen wir aufrollen, was in den letzten 3 Wochen geschah, und welche Auseinandersetzungen es zwischen 883 und dem neuen Parteiansatz gegeben hat. Dies scheint nötig allein schon wegen der vielen Mißverständnisse, Gerüchte und Mutmaßungen, die darüber entstanden sind.

Montag 2. März. Die Redaktionsarbeit für die Nr. 52 ("Keine Amnestie für die Justiz") stand auf der Tagesordnung. Das Komitee für Genossenschutz schickte uns seinen Demonstrationsaufruf. Das Papier fiel völlig durch. Es war in seinem Kern zutiefst sozialdemokratisch und abwiegelerisch, während Titelbild (zuschlagende Faust) und alle inhaltlichen Beiträge der neuen 883 kämpfbetont waren.

Wir baten die "erfahrenen Genossen" um Unterstützung. Mit ihnen zusammen diskutierten wir den Aufruf. Er wurde allgemein abgelehnt. Wir legten die gemeinsame Linie des Aufrufes neu fest. Die Redaktionen von RPK und 883 formulierten danach ineigener Regie.

Am Freitag trat dann die neue Partei mit einem ersten Flugblatt in die Geschichte ein,

Sonnabend - Demo

Das Bild der Sonnabend-Demonstration (7. 3.) von der G-Kirche zur U-Kiste ist in Erinnerung. Herrliches Wetter, malerisch gestalteter Zug durch leere Straßen, Reden auf der Wiese, "Schmeißt keine Schneebälle!" Trotzdem flogen von einzelnen Gruppen Steine und zwei Mollies gegen die Polizei. Die Bullen zeigten ihre neuen Waffen, blieben "cool", elastisch, griffen nicht an. Die Gruppe 47 lächelte, half Transparente tragen, hier ein Plausch da ein Scherz, goß Öl der Sanftmut aus. Wir hatten ja schöne Sprüche drauf: Macht den Richtern Dampf - Klassenkampf. Amerika mit ermordeten Black Panthern und Chicagoer Terrorjustiz ist weit. Wir gingen bei herrlichem Wetter nach Hause. Frustrierte Genossen gab es? Na, ja.

Am Montag zur Fortsetzung des Springer- Verhörs im Mahler-Prozeß kam nicht einmal ein Dutzend Genossen. Unbehelligt chauffierten die Geheimen den Drahtzieher des Prozesses in den Gerichtshof. Solidarität!

Nr.53 wird verschoben

In der Redaktion erschien ein Genosse von der ML. Er kündigte zwei Artikel an. Einer sollte sich die ML und ihre Haltung zur Kampagne vorknöpfen, der andere setzte sich die neue "Partei" als Angriffsziel. Er wollte die Art der Gründung dieser Organisation "am grünen Tisch", die "unkämpferische" und "abwieglerische" Haltung während der Demonstration angreifen. Die AO erfuhr die Absicht durch die Redaktion, die nicht ohne Diskussion mit dieser Gruppe so massive Angriffe drukken wollte. Dienstag Nacht, in der Zeit, in der die Zeitung fertiggestellt werden muß, bevor sie morgens zum Drucker kommt, besuchten uns 5 Mitglieder der AO.
Es gab mit dem Autor und der Redaktion eine stürmische Debatte.

Die AO erklärte jede Zusammenarbeit künftig für unmöglich, falls diese von ihr als unrichtig bezeichneten Angriffe über ihr Verhalten während der Demonstration abgedruckt würden.

Der ML-Genosse zog das Papier zurück. Ein Redaktionsmitglied von 883 blockierte auch die internen Diskussionen um den Beitrag, indem er seinen Austritt aus der Redaktion im Falle des Abdrucks ankündigte. Das Dilemma war vollständig.

Mit den Genossen von der AO einigten wir uns auf unseren Vorschlag, ein Teach-In und die Demonstration am Vorabend und am Tage der Verurteilung Horst Mahlers anzukündigen. Die Termine wurden festgelegt, ein Vorbereitungskomitee eingerichtet.

Die Diskussion machte es nötig, den Erscheinungstermin von Nr. 53 um einen Tag zu verschieben.

Kritik am Aufruf der AO

In der folgenden Nacht flammte die Auseinandersetzung um Ablauf und Form der Demonstration wieder neu auf, als wir vor der Entscheidung standen, den Aufruf der AO abzudrucken, der später in der RPK veröffentlicht wurde (RPK Nr. 56/57, S. 18).

In diesem Aufruf wurde die Konterrevolution gewarnt, die Linken in der "Etappe des organisatorischen Aufbaus" für schwach zu halten. Nach dem Versuch einer Analyse der Situation lautete die Schlußfolgerung, "der Konterrevolution die gebührende Antwort zu erteilen, ohne die Hauptkampflinie aus den Augen zu verlieren." Also Aktionseinheit, Kampfdemonstration:"Der Stein, den sie erheben, wird auf ihre eigenen Füße fallen!" Mehr nicht!

Eine dünne allgemeine Einschätzung des Verhaltens der Konterrevolution, eine Warnung an die Genossen, nicht den "Einschüchterungsversuchen der konterrevolutionären Propaganda" anheimzufallen, deren Folge Resignation oder putschistische Auflehnung sein müßten, keine Kampfanleitungen, keine praktischen Vorschläge.

Wir sahen nicht, wie die angekündigte Demonstration sich von der vergangenen am Sonnabend vor Moabit unterscheiden würde und wir waren im Zweifel, ob die Genossen aus anderen als den Traditionellen Gründen und in deutlich kämpferischer Art die "gebührende Abtwort" auf der Straße finden würden.

Wir druckten den Aufruf nicht. Wir schrieben einen eigenen Text. Wir behielten auch das Titelblatt (Freispruch) bei!

Vorbereitungs-komitee

Diese Entscheidung bestimmte unsere Mitarbeit in den 4 Sitzungen des Vorbereitungskomitees. Außer der Aufbauorganisation waren anfangs das Komitee für Genossenschutz, der RC und die Ruhrkampagne dabei, später kamen die ML und die Harzer dazu.

Der zentrale Punkt der Diskussionen war die Frage der Militanz. Es zeigte sich, daß hauptsächlich zwei unterschiedliche Auffassungen bestanden. Die eine wurde von der AO vertreten und ist weitgehend in ihrem Referat auf dem Teach-In wiedergegeben, die andere wurde von der Redaktion von 883 und später in vielen Punkten von den "Harzern" vorgetragen. Die Streitfrage, in welcher Form in der gegenwärtigen Etappe Möglichkeiten direkter Aktionen gegen Positionen der Staatsgewalt praktiziert werden könnten, konkretisierte sich speziell in der Beurteilung von Aktionen der Vergangenheit (Tegeler Weg, Deserteurskampagne) und in den Vorschlägen für die Mittwoch-Demonstration.

Ausgehend von der gediegenen theoretischen Auffassung, daß der gesamte Staatsapparat nur durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats zerschlagbar sei, tendierte die AO in der jetzigen Situation praktisch der Haltung der ML zu, nämlich diszipliniert und massenhaft gegen die Verurteilung des Genossen Mahler zu protestieren, aber ohne direkt Schläge gegen Apparate der Konterrevolution zu führen. Taktisch offensive Aktionen seien nur möglich mit Hilfe eines illegalen Apparates, der als Teil einer festen Organisation des Proletariats die höchste Stufe entwickelter Klassenkämpfe darstellen würde.

Heute sei das auch nicht ansatzweise zu leisten, harte Kerne als Vorläufer eines solchen Apparates seien nicht vorhanden, unsere Kräfte seien zu schwach, die Stärke der Konterrevolution zu gewaltig, bestehende zur Militanz bereite Gruppen seien opportunistisch, putschistisch und parteifeindlich, viele Genossen hätten keine Lehren aus der Studentenrevolte gezogen, hätten deren Kampfformen ritualisiert und meinten immer noch, in spontanen Massenkämpfen Entlarvungsgeschichten machen zu müssen.

Außerdem fürchteten die Genossen der Aufbauorganisation den Keim des eben ins Leben gesetzten Parteiansatzes durch indifferente Mobilisierung zu gefährden.

Die ML sagte es ein bißchen unverblümter (oder rigider): Unsere Genossen sind uns beim Aufbau der Organisation wichtiger als im Gefängnis."

Aus dieser Haltung wird verständlich, daß trotz der eigenen Forderung nach unzweideutigen Handlungsanweisungen (wie kann man den Führungsanspruch in Massenkämpfen überzeugend darstellen?) diese letztlich unbeantwortet blieb, und auf die folgenlose Ankündigung zusammenschrumpfte: Wenn uns die Polizei angreift, schlagen wir zurück!(Die Antwort auf diese Taktik gab später Hübner).

Haltung der Redaktion

Die Redaktion von 883 nahm eine modifizierte Haltung ein. Wir bejahten (und bejahen noch) die Notwendigkeit, die Organisation des Proletariats nach dem Grundsatz des Demokratischen Zentralismus aufzubauen. Wir unterscheiden uns aber in der Einschätzung der Vergangenheit und der aus ihr bewirkten Lernprozesse der mobilisierten Massen und damit in der Einschätzung der Situation und de durchzuführenden Praxis. → S. 8

von S.7

KRISENGESPENST

Wir sind der Auffassung, daß die mobilisierende und entlarvende Funktion von Massenaktionen wie Tegeler Weg mit ihrem Charakter als "Lehrstück" oder "Propaganda der Tat" auch in die jetzige Etappe des Aufbaus hineinzureichen.

Wir glauben, daß die Genossen in den letzten zwei Jahren eine Menge gelernt haben, daß auch sie eine Partei verlangen und an ihr mitzuarbeiten bereit sind.

Das was heute als Parteifeindlichkeit ausgelegt wird, ist unserer Minung eher die berechtigte Reaktion auf gezeigte Massenfeindlichkeit der "Partei".

Das Murren auf die kluge Abwiegelei, die von Lucacs, den Klassikern und einer Darstellung des illegalen Apparates der KPD von 1920 (der nie in dieser Form praktiziert wurde) gestützt wurde, war deutlich genug. Hier murrte nicht nur der angesprochene "terroristische" Teil, dem die Art des Referates jede Lernmöglichkeit zu versperren schien.

Wir glauben, daß eine Gruppe mit Führungsanspruch - auch in der ersten und allerersten Phase - diesen deutlich zeigen muß, auch auf die Gefahr hin, Fehler zu machen. Wir machen eine solche Gruppe auch dafür verantwortlich, was sie nicht tut.

Eine Gruppe, die ein Teach-In und eine Demonstration verantwortlich vorbereitet hat, muß auch für ihre Mängel, ihre Fehler oder ihr Scheitern einstehen. Die mit weitem Abstand, gewissermaßen aus einem erhöhten Standpunkt herab geschriebene Beschreibung dieser Aktionen in der Roten Presse Nr. 58 ist zutiefst unbefriedigend.

Wir empfanden diese Kritik als unsolidarisch und fühlten uns gegen unsere Absicht in die oppositionelle Ecke gedrängt. Das bestimmte uns, ein solches Referat abzulehnen. Die Thesen über die Einschätzung der Konterrevolution geben wir in allen wesentlichen Punkten und nur geringfügig unformuliert, trotz der Unvollständigkeit und Lückenhaftigkeit des Versuchs, in der Nr. 55 wieder.

Die Ablehnung eines Referates als Gegenposition zur AO, zu der wir weder in der Lage noch Willens waren, beendete unsere Mitarbeit im Komitee nicht. Wir haben uns an allen späteren Debatten mit Vorschlägen und Kritik beteiligt. Wir stellten Geld für die Vorbereitung der Aktionen zur Verfügung. Wie wir in diesem Zusammenhang beurteilen sollen, daß wir in den Aufrufplakaten als vorbereitende Gruppe nicht aufgeführt wurden, dafür aber andere Gruppen erschienen, die sich kaum beteiligt hatten, hat bisher noch keine Erklärung gefunden.

Motz aus der Oppositionsecke?

Vielleicht ist aus diesem Text ablesbar, und teilweise erklärbar, warum wir vorhin von einer Krise bei 883, von einem Dilemma, geschrieben haben. Zusammengefaßt und verkürzt lautet die Antwort:

Wir haben in unserer gesamten Arbeit der letzten Monate die Organisation angestrebt, und mit dem ersten relevanten Parteiansatz der Gruppierungen der ehemaligen APO, in die unsere Praxis vordringlich wirkte, kollidierten wir in der beschriebenen Form.

Die Versuche, in solidarischer Form gegensätzliche Positionen oder Mißverständnisse zu klären, scheiterten weitgehend. Die Aufbauorganisation hat auch ein vor Wochen versprochenes Kontaktgespräch mit der Redaktion bisher nicht aufgenommen. Wir stehen weiterhin vor der eigentlich unlösbaren Aufgabe, (wie bisher als es keine Organisation gab) auf alle die soz. Bewegung betreffenden Fragen ohne Rückhalt einer "Partei" Stellung zu nehmen.

Wir sehen die Gefahr - und dieser Text hat Passagen, die es uns nicht leichter machen werden -, aus einer Oppositionsecke heraus zu motzen, in der wir unserem Selbstverständnis nach nicht hocken wollen. Die Haltung einiger Genossen, die an uns herantraten, um per 883 wider die Partei zu löken, zeigt diesen missen Trend deutlich.

Es ist aber klar, daß wir auch in Zukunft eindeutig Stellung beziehen werden, wenn die Aufbauorganisation zeigen sollte, daß sie die Aufgabe, sich in den Massen nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus zu verankern, vernachlässigt, indem sie der kontrollierenden Kritik der Massen nicht Gehör schenkt.

Militante Gruppen

883 versuchte in der Diskussion die Tätigkeiten der zur Militanz neigenden Gruppen zu charakterisieren, und hier Ansätze zu sehen für den Aufbau eines illegalen Apparates im Rahmen der festen Organisation. Auch wir halten bei diesen Genossen Lernprozesse für möglich.

Die teilweise verheerenden Auswirkungen der Praxis einiger von ihnen, die u. a. aus ihrer Isoliertheit und der Unmöglichkeit offen diskutieren zu können herstammt, kann man nicht durch liquidatorische Verhalten beantworten. Diesen Genossen ist damit keinerlei Alternative aufgezeigt. Man kann ihnen aus begreiflichen Gründen ja nicht empfehlen, ihre Verhältnisse wieder zu legalisieren, an die Universität oder in die Produktion zurückzukehren.

Wenn man durch den Lautsprecher von der G-Kirche sagt, daß wir noch nicht so weit sind wie die Genossen in Südamerika, dann sollte man an irgendeiner Stelle auch sagen, wie man den Weg beschreiten soll, den diese Genossen so erfolgreich gewiesen haben.

Analyse der Konterrevolution

Wir hatten im Komitee vorgeschlagen, daß das Teach-In auch eine möglichst genaue Analyse der Kräfte der Konterrevolution leisten solle. Nicht um deren Stärke - wie Revisionisten es zu tun nie unterlassen - als ungeheuere auszumalen, sondern um anhand einer derartigen Analyse genauer angeben zu können, wo revolutionäre praktische Phantasie ansetzen könnte. Erst dann kann man Mao's Wort richtig anwenden:"man muß den Feind angreifen, wenn er...".

Nach dem schlimmen alten Satz, wer's vorschlägt soll's auch machen, haben wir uns dann selbst um eine Antwort bemüht. Die Skizze für ein Referat, die wir auf der 2. Sitzung vorlegten, fiel völlig durch: "Spekulationen", "aus dem Spiegel zusammengeschriebenes Feuilleton", wo bleiben die Schlußfolgerungen. Die AO warf uns vor, unehrliche Scheingefechte zu führen und forderte uns auf, in einem Referat klar unseren Standpunkt zu präsentieren.

S. 8

Die Sprache der „Roten Garde"

✳ Haarscharf an das Vorbild der Mao'schen Kulturrevolution hatte sich im Februar vergangenen Jahres der damalige Schüler und heute 20jährige Lehrling Joachim Sch. gehalten: Als er damals vor einer Neuköllner Schule Flugblätter der „Roten Garde" verteilte, hatte ihm ein hinzukommender 30jähriger Lehrer das untersagt und seine Personalien verlangt.

Der Angeklagte forderte daraufhin denselben von dem Lehrer, um, wie er ungerührt bemerkte, ihn durch „seine Organisation krankenhausreif schlagen" zu lassen. Als ihn der Lehrer daraufhin zum Schulleiter bringen wollte, besorgte der Angeklagte das dann gleich selber: Durch mehrere Handkantenschläge an den Kopf machte er dem Lehrer für drei Wochen dienstunfähig. Und den Direktor der Schule beschimpfte, er in unflätiger Weise.

Wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung muß der Rotgardist nun 300 Mark Geldstrafe bezahlen.

Journalist in Göteborg verurteilt

Zu je vier Jahren Gefängnis sind gestern in Göteborg der deutsche Journalist Tillmann Roemer (24) und seine Berliner Freundin Petra Paulitzky (25) verurteilt worden. Beide wurden für schuldig befunden, Morphium an Rauschgiftsüchtige durch ein junges schwedisches Ehepaar verkauft zu haben. Wie berichtet, waren die beiden Deutschen Anfang Februar verhaftet worden, als die Kriminalpolizei in ihrem Hotelzimmer zwei Flaschen mit zusammen einem Liter flüssigen Morphiums fand. Tillmann Roemer sagte aus, daß er das Rauschgift in einer Berliner Bar von einem Unbekannten erworben habe.

Gaunerstück in der PH

Akten geklaut

Ein dreistes Gaunerstück leisteten sich gestern mehrere junge Burschen und Mädchen in Lankwitz. In der Malteserstraße drangen sie in das Prorektorat der Pädagogischen Hochschule ein. Dort entwendeten sie wertvolle Unterlagen — mehrere Ordner mit Berufungsakten. Anschließend flüchteten sie in zwei Personenwagen.

Die kurzfristige „Besetzung" geschah in den Vormittagsstunden. Völlig unerwartet drang die Gruppe in die Räume der Hochschule ein. Zielstrebig nahmen sich die Täter die Aktenordner mit den Berufungsunterlagen über abgeschlossene und noch laufende Fälle aufs Korn.

Am Telefonieren gehindert

Die im Prorektorat anwesenden Angestellten wurden von der Gruppe unerwartet und am Fortgehen gehindert. Als eine der Frauen zum Telefon griff, um die Polizei zu alarmieren, drückten die Täter ihr die Gabel herunter.

Bereits kurze Zeit später war der „Spuk" zu Ende. Die sechs jungen Burschen und die beiden Mädchen flüchteten. In zwei Autos, einem rostbraunen und einem grauen VW, rasten sie davon. Zeugen konnten von einem Wagen das Kennzeichen ablesen. Die Buchstabenkombination des zweiten Wagens wurde jedoch nur unvollständig entziffert.

Die inzwischen von der Hochschule alarmierte Polizei löste für sämtliche Funkwagen im Stadtgebiet eine Fahndung nach den beiden verdächtigen Autos aus. Aber die Suche blieb erfolglos. Später stellte sich heraus, daß das vollständig abgelesene Kennzeichen gefälscht war. Es war für einen ganz anderen Fahrzeugtyp zugelassen.

Klaus Berndt

Krawall im Heim

Etwa 15 Jugendliche und Kinder randalierten am Mittwochabend in einem Jugendheim Am Großen Wannsee. Sie zerschlugen Flaschen und bedrohten die Frau des Heimleiters mit einer Eisenstange. Zwei der Täter konnten von der Polizei gestellt werden.

Nach den Krawallen am Ku'damm

Kritik an der Polizei

els./ok. Berlin, 20. 3. Vorläufige Bilanz der Mittwoch-Krawalle auf dem Kurfürstendamm: 137 zertrümmerte Schaufenster, 19 verletzte Polizisten, 10 festgenommene Demonstranten (9 wurden inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt) und heftige Kritik am Einsatz der Polizei!

Der Schaden, den eine kleine Kommando-Truppe der Demonstranten mit Steinwürfen und Brandfackeln anrichtete, beträgt mehrere hunderttausend Mark (BILD-BERLIN berichtete darüber). 24 Polizeifahrzeuge sowie vier Einsatzwagen der Feuerwehr wurden im Steinhagel der Demonstranten mehr oder weniger schwer beschädigt.

Viele Anlieger sind nicht gegen Glasschäden versichert. Sie meinen: „Es müßte der Polizei doch möglich sein, das persönliche Eigentum von Unbeteiligten zu schützen."

Bilanz zogen gestern auch die Demonstranten. Sie überzeugten sich von dem Ausmaß der Zerstörungen, die ihre Stoßtrupps und Brandflaschen angerichtet hatten. APO-Ideologe Johannes Agnoli (45) sah die zerschlagenen Scheiben und kommentierte: „Eigentlich sollten wir von der Glasstiftung ein Prozent Gewinnbeteiligung zugunsten der APO erhalten."

Haschisch-Kommune ausgehoben

Karlsruhe (AP). Eine Haschisch-Kommune hat die Karlsruher Kriminalpolizei in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Militärkriminalpolizei (CID) ausgehoben. Das dabei sichergestellte Beweismaterial — Haschisch in Platten und Pulverform, mehrere Pfeifen und Feinwaagen — reichten nach Angaben der Polizei vom Donnerstag aus, gegen vier Männer einen Haftbefehl zu erlassen. Während der Durchsuchung des Unterschlupfes in der Karlsruher Weststadt kamen zehn weitere Personen in die Wohnung, darunter acht amerikanische Soldaten, die den US-Behörden übergeben wurden. Die beiden anderen — zwei Deutsche — wurden wieder auf freien Fuß gesetzt, da ihnen kein strafbares Verhalten nachzuweisen war.

Steine gegen Springer-Filialen

BERLIN, 16. März (AP). Unbekannte Täter haben am Montagmorgen die Schaufenster von fünf in verschiedenen Stadtteilen gelegenen Vertriebsstellen der zur Springer-Gruppe gehörenden „Berliner Morgenpost" mit Steinen eingeworfen. Wie die Berliner Polizei mitteilte, wurden in einem Fall von Zeugen zwei Personen beobachtet, die nach Zerstörung einer mehrere Quadratmeter großen Scheibe den Tatort in einem Auto verließen. Nach Aufnahme der politischen Polizei, die die Ermittlungen aufnahm, handelte es sich um mindestens zwei motorisierte Täterguppen. Bereits früher waren wiederholt „Morgenpost"-Filialen von unbekannten Tätern mit Steinen attackiert worden.

Gefang befreit

Montevideo, 16. März (dad) Bei einem Ganoven-Coup, der aus einer Kriminalgeschichte stammen könnte, wurden in Montevideo (Uruguay) 14 weibliche Häftlinge aus einem Gefängnis befreit.

Durch die geöffneten Tore der Haftanstalt waren ein Polizeiwagen, ein Ambulanzwagen und zwei Taxis gefahren. Kaum hatten die Autos vor einer kleinen Kapelle gestoppt, sprangen 15 bis 20 bewaffnete Männer aus den Fahrzeugen. Sie überwältigten zwei Wachbeamte und stürmten die Kapelle. 14 Frauen, die bis zu diesem Zeitpunkt andächtig einer Messe gelauscht hatten, stürzten jubelnd den Männern entgegen und flüchteten mit ihnen in den vier Wagen.

Die Frauen gehörten einer Guerilla-Organisation namens „Tupamaros" an. Einige von ihnen wurden beschuldigt, an einem Bankraub beteiligt gewesen zu sein.

BERNARS Berlin 62 Hauptstr. 52 An der Stahlhochstr. JEANS Hemden Pullis Jacken auch 883 ständig Sonderausgaben

Die Stadt war auf eine neue Blockade „gut vorbereitet"

„Daß in Friedenszeiten alle öffentlichen Plätze des Stadtkerns quasi-militärisch besetzt sind, blockiert von Mannschaftswagen und bewacht von Polizei-Hundertschaften, die aus einer Gulaschkanone verpflegt werden — das dürfte in der Geschichte der Bundesrepublik und selbst West-Berlins wohl einmalig sein. Zumindest im Zusammenhang mit Demonstrationen." So hörte man es übereinstimmend von Hannovers Linken, die sich dieser Tage bemüht haben, in einer Wiederholung der Straßenbahn-Aktion gegen die Üstra, Hannovers Straßenbahn-Gesellschaft, den seit 16. März auf 60 Pfennig festgesetzten Nahverkehrstarif auf 50 Pfennig zu senken.

Gelingen konnte das Vorhaben diesmal kaum, aber nicht wegen der zweifellos fehlenden Solidarität der hannoverschen Bevölkerung und der mangelnden „Massenbasis", denn diese wurde bereits bei der ersten Großkundgebung am 19. März hergestellt. (Sprecher der Linken schätzen die Zahl der Teilnehmer auf 2000 bis 3500, während die örtlichen Zeitungen, deutlich untertreibend, von „einigen hundert" sprechen). Das Vorhaben scheiterte, da sich die Stadt auf eine neuerlich mögliche Blockade perfekt vorbereitet hatte.

200 000 Mark gaben die Behörden aus, um ihren neuen Großraumtarif zu propagieren, „der in der Bundesrepublik einmalig ist". Außerdem besetzten sie mit zunächst sieben, dann 14 Hundertschaften Bereitschaftspolizei — aus Braunschweig und Lüneburg zusammengezogen — und Dutzenden von Mannschaftswagen sowie einigen Wasserwerfern die zentralen Verkehrskreisel der City und haben sie seither nicht verlassen.

Nach Angaben der Polizei sind bei Kurzdemonstrationen insgesamt 33 Demonstranten in Gewahrsam genommen worden. Etliche davon wurden nach Aussagen von Zeugen bei der Festnahme zusammengeschlagen und sogar mit der Schußwaffe bedroht. Dazu die Polizei-Pressestelle: „Das stimmt auf keinen Fall." Einer jener Beamten soll jedoch namentlich bekannt sein.

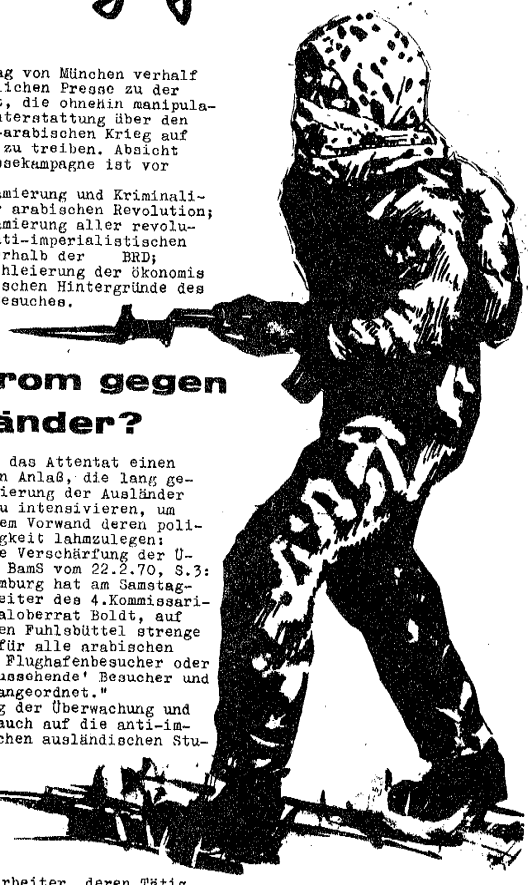
Die linken Gruppen sind sich einig in der Beurteilung dieser Maßnahmen: „Während im Bundestag die Demonstrationsgesetze milder formuliert werden, praktiziert man auf der Straße Notstand und Vorbeugehaft. Durch Besetzung wichtiger Verkehrsknotenpunkte wird eine Art Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Durch massive Meinungsmanipulation führt man zugleich die Bevölkerung irre."

Tatsächlich sind Hannovers Zeitungen, die letztes Jahr durch eine Anti-ApO-Absprache von sich reden machten, wieder auf die alte Front eingeschwenkt. Die Argumente der Stadtverwaltung bekommen breiten Raum und werden in Kommentaren bestindig unterstützt. Die Meinung der Linken hingegen, daß Fahrzeit Arbeitszeit sei und von den Unternehmen bezahlt werden müsse, wird entweder verschwiegen oder als utopisch abgetan. Nicht ohne Genugtuung wird zugleich registriert, daß die Bevölkerung die neue Üstra-Aktion mißbilligte. Dazu Sprecher der Linken: „Es ist doch seltsam, daß man gegen eine angeblich völlig isolierte, verschwindend geringe radikale Minderheit mit 1400 Polizeibeamten vorgehen muß." Weitere Kundgebungen sind angesetzt. Die Polizei wird in bisheriger Stärke präsent bleiben.

HEINER MOLSNER

Buchhandlung ★★★★★★ Karin Röhrbein 1 BERLIN 15 LUDWIGKIRCHSTRASSE 4 ☎ 883 INTERNATIONALE LINKE PRESSE ★ POLITIK & SOZIOLOGIE tel 881 46 59 PIZZA AB 2.50 · ESPRESSO 50 PFG. PIZZA SCAMPI SPAGHETTI ESPRESSO VINO GUT UND BILLIG „EL PATIO" U-HALLESCHES TOR KREUZBERG MÖGLICH-GÖRITZNER STR. 46?

Hetze gegen die revolutionären Palästinenser



Der Anschlag von München verhalf der bürgerlichen Presse zu der Möglichkeit, die ohnehin manipulative Berichterstattung über den israelisch-arabischen Krieg auf die Spitze zu treiben. Absicht dieser Pressekampagne ist vor allem:
- die Diffamierung und Kriminalisierung der arabischen Revolution;
- die Diffamierung aller revolutionären anti-imperialistischen Kräfte innerhalb der BRD;
- die Verschleierung der ökonomisch-militärischen Hintergründe des Abba-Eban-Besuches.

Progrom gegen Ausländer?

Daneben bot das Attentat einen willkommenen Anlaß, die lang geübte Diffamierung der Ausländer allgemein zu intensivieren, um hinter diesem Vorwand deren politische Tätigkeit lahmzulegen:
- Allgemeine Verschärfung der Überwachung; BamS vom 22.2.70, S.3: "Auch in Hamburg hat am Samstagabend der Leiter des 4.Kommissariats, Kriminaloberrat Boldt, auf dem Flughafen Fuhlsbüttel strenge Kontrollen für alle arabischen Passagiere, Flughafenbesucher oder 'arabisch aussehende' Besucher und Passagiere angeordnet."
- Ausdehnung der Überwachung und Verfolgung auch auf die anti-imperialistischen ausländischen Studenten und Arbeiter, deren Tätigkeit ausdrücklich nicht gegen die staatliche Ordnung der BRD, sondern gegen die ausbeuterischen und reaktionären Regime ihrer Heimatländer gerichtet (z.B.Persien und Griechenland). (Indem sie gegen die Reaktion in ihren Heimatländern kämpfen, bekämpfen sie auch den BRD-Imperialismus. Für d den Kampf gegen den BRD-Imperialismus innerhalb der BRD, ist die deutsche sozialistische Oppesition verantwortlich zu machen. 883)
- In diesem Zusammenhang verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt und dem Verfassungsschutz mit den Geheimdiensten dieser Länder (vgl. Genscher-Maßnahmen).

Daß darüberhinaus auch jene deutschen politischen Gruppen getroffen sind, die im Verdacht stehen, mit Ausländern zusammenzuarbeiten, liegt auf der Hand.

Deutsche Waffenlieferung?

Die seit dem Juni-Krieg mächtig erstarkende palästinensische Revolution wird immer mehr zum bestimmenden politischen Faktor der Entwicklung im Nahen Osten. Nach anfänglichem Spott (Folklore-Revolution) sehen sich jetzt sogar die Revisionisten im Kreml gezwungen, mit dem Sprecher der Al Fath, Yasser Arafat, zu verhandeln. Gleichzeitig zwingt die sich immer mehr zum Volkskrieg ausweitende Bewegung die israelische Ökonomie an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit: die dauernden "Nadelstiche" der Kommandounternehmen halten die israelische Armee in ständiger kostspieliger Alarmbereitschaft, eine Armee, die sich hauptsächlich aus Reservisten rekrutiert, welche somit der ohnehin schon kränelnden israelischen Wirtschaft als Arbeitskräfte entzogen werden. Ferner wird die israelische Wirtschaft durch die Dauer und die beständige Verschärfung des Kampfes belastet. (Das ist der Grund, weshalb die Israelis "Blitzkriege" führen müssen). Hinzu kommen die enormen Kosten für die militärische und zivile Verwaltung der okkupierten Gebiete, kurz, diesen Belastungen ist die israelische Wirtschaft nicht gewachsen.

Vor diesem Hintergrund ist der Besuch Abba Ebans zu vertsehen, der in die BRD kommt, um finanzielle und militärische Hilfe zu erbitten - nicht ohne vorher geäußert zu haben, welche Überwindung es ihn koste, in jenes Land zu kommen, das den Juden, als deren rechtmäßiger Vertreter sich der Staat Israel ansieht, soviel Unglück zugefügt hat. Aber wie in vielen Ländern zeichnete sich gerade jetzt in dieser Notlage, als eine Folge des israelischen Expansionsdranges, der seinen vorläufigen Höhepunkt im Juni-Krieg fand, eine zunehmend differenziertere Beurteilung des israelisch-arabischen Konfliktes ab, sowonl was die Politik Israels betrifft, als auch die Einschätzung der palästinensischen Widerstandsbewegung - ein ähnlicher Wandel, wie er sich auch in der Beurteilung des vietnamesischen Volksbefreiungskrieges vollzogen hat. Israel, angeblich aus Sicherheitsgründen nicht in der Lage, das Faustpfand der im Juni-Krieg eroberten Gebiete zurückzugeben , stört durch seine Politik der Stärke die Interessen der Großmächte, die sich über die Köpfe aller Palästinenser hinweg arrangieren möchten. Auf diese Weide kühlte sich selbst das Verhältnis Israels zu den USA merklich ab. Israel fühlt sich zunehmend isoliert, die zionistische Propaganda schafft das Bild eines kleinen, tapferen Volkes, welches wieder mal alleingelassen von aller Welt in seiner Existenz bedroht ist.

Daß in einer solchen Situation die Granaten von München gerade in Deutschland Wasser auf die Mühlen der zionistischen Prpaganda sind, kann nicht bezweifelt werden. Diese politisch unvermittelte Gewalt paßt genau so zu dem Bild des hinterhältig angegriffenen jüdischen Volkes wie der persönliche Schneid des Piloten, der einem der Angreifer die Waffe entriß. Von nun an können alle möglichen Ereignisse manipulativ und je nach Bedarf mit arabischen Terroristen in Verbindung gebracht werden. Daß dabei eine Brandstiftung, deren Täter bis heute noch nicht gefunden sind, den palästinensischen Revolutionären unterschoben wird, ist folgerichtig, trotz der Tatsache, daß jene sich öffentlich distanziert haben und jede Hilfe zur Aufklärung anboten (Al Fath).

DEUTSCH-ISRAELISCHE ZUSAMMENARBEIT

Bündnis zwischen Imperialismus und Zionismus

Die ökonomischen und politischen Hintergründe des deutsch-israelischen Verhältnisses wurde besonders in jüngster Zeit durch folgende drei Faktoren bestimmt:

-Die moralische Last der Verbrechen, die das nationalsozialistische Regime in Deutschland an den Juden verübte
-Die wachsende Verkettung der BRD mit den Interessen des amerikanischen und westeuropäischen Kapitals, das die Länder der Dritten Welt rücksichtslos ausbeutet und die dortigen Volksbefreiungsbewegungen zu spalten und brutal niederzuhalten versucht
-Den fortschreitenden Ausbau des israelischen Staates zum Brückenkopf dieser Interessen im arabischen Raum.

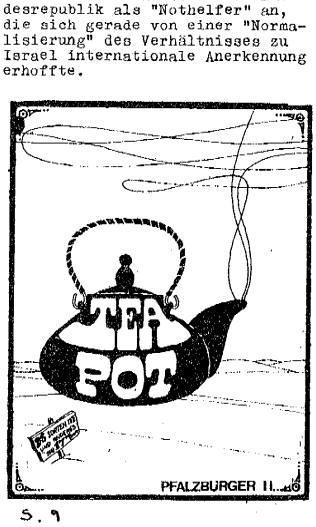
Schuldgeschenke

Diese obengenannten Faktoren spielten bereits bei der Anbahnung und dem Abschluß der deutsch-israelischen Wiedergutmachungsverhandlungen eine wichtige Rolle.
Die Ausgangssitution läßt sich folgendermaßen beschreiben. Zunächst ist die schwere Krise der israelischen Wirtschaft zu nennen, die eine Konsequenz der zionistischen Staatsgründung war und die im Rahmen der arabischen Blockadepolitik von ihren lokalen Absatzgebieten und Rohstoffquellen abgeschnitten war; um überleben zu können, mußten weitentfernte neue Märkte und Rohstoffquellen erschlossen werden, wozu die notwendigen Mittel fehlten; hinzu kamen die hohen Kosten für den Aufbau des Staats- und Militärapparates und die soziale Eingliederung der Neueinwanderer, die die Kapitalknappheit noch verschärften.
(Eine ertragreiche Devisenquelle ist der Diamantenhandel und Verarbeitung geworden. Hierbei wird die enge Verflechtung Israels mit dem rassistischen Südafrika einerseits und mit den USA andererseits deutlich: Rohstoffquelle - Südafrika, Verarbeitung - Israel, Verkauf - USA. Red.883)

Die USA, die zum Hauptverbündeten Israels wurden, waren zwar an einem wirtschaftlich ind militärisch starkem Bündnispartner im arabischen Raum interessiert, mußten aber andererseits bereits erhebliche Mittel zum Ausbau ihres weltweiten antikommunistischen Eindämmungssystems aufwenden (Gründung der NATO, Marshallplanhilfe, Truman-Doktrin usw.)

Direkte und umfassende Hilfeleistungen hätten auch die reaktionären arabischen Staaten verprellt, deren Unterstützung man zur Niederhaltung einer sich schon abzeichnenden nationalen, anti-imperialistischen arabischen Opposition in Ägypten und Syrien brauchte.

In dieser Situation bot sich die wirtschaftlich aufstrebende Bundesrepublik als "Nothelfer" an, die sich gerade von einer "Normalisierung" des Verhältnisses zu Israel internationale Anerkennung erhoffte.



Das Verfahren der "Ablösung" der "Wiedergutmachungsleistungen" war bezeichnend. Die Begleichung der gesamten zunächst vorgesehenen Summen erfolgte in Form von Warenlieferungen (u.a. Waffen) an den Staat Israel - im wesentlichen zum Ausbau seiner Grundindustrie. Nutznießer war zunächst der Staat Israel und nicht in erster Linie die in ihm lebenden einzelnen geschädigten Juden, deren Ansprüche aufgrund der zunächst anlaufenden innerdeutschen Wiedergutmachungsgesetze nicht berücksichtigt wurden. Zum anderen war es die amerikanische Rüstungsindustrie und Hochfinanz, die damit den Staat Israel zur Basis ihrer aggressiven imperialistischen Politik ausbauen konnten. Nicht zuletzt war es auch die deutsche Industrie, die in ihren maßgeblichen Kreisen zu den damaligen Verfolgern der jetzt Entschädigten gehörte und nun an der "Wiedergutmachung" glänzend verdiente. Die umfangreichen deutschen Zahlungen und Warenlieferungen trugen in der Folgezeit wesentlich zur Absicherung und Stärkung des zionistischen Staates bei. Das Gesamtkapital, das in den Jahren von 1949 bis 1964 nach Israel floß, betrug 6Mrd.Dollar, das einer Summe von 3000 Dollar pro Kopf der Bevölkerung entsprach. Die Ungleichzeitigkeiten der westlichen "Hilfeleistungen" im Nahen Osten wird noch unterstrichen durch einen Vergleich der Zahlungen der OECD (das Koordinationsorgan der westlichen "Entwicklungshilfe") an Israel, mit denen an die arabischen Länder:
58,5 Dollar pro Kopf und Jahr an Israel gegenüber 34,5 Dollar an Jordanien, 4 Dollar an die VAR und schließlich 0,7 Dollar an Syrien.

Zionismus und Neokolonialismus

Für die neuere Entwicklung läßt sich folgendes allgemein festhalten:
- Die wirtschaftliche und militärische Bindung Israels an den westeuropäischen und amerikanischen Imperialismus hat sich städig verstärkt. An dieser Entwicklung hat die BRD nach wie vor hervorragenden Anteil (siehe die "großzügige" Fortsetzung der Wirtschaftshilfe nach der Ablösung der Wiedergutmachungszahlungen und die deutschen Waffenlieferungen vom Juni/Juli 1964). Auch die vorher schon erwähnte Verschlechterung des Verhältnisses zu Frankreich und den USA ändert nichts an der immer noch bestehenden objektiven Interesseneinheit zwischen dem Imperialismus und dem Zionismus: die Verhinderung der arabischen Einheit und der Kampf gegen die palästinensische und arabische Revolution.
-Diese Interesseneinheit findet ihren Ausdruck in der Politik Israels selbst, die diesen Staat immer mehr zur Speerspitze des imperialistischen Kampfes nicht nur gegen die nationalen Befreiungsbewegungen im Nahen Osten (Beteiligung Israels am Suez-Krieg Unterstützung Frankreichs und der OAS in ihrem Kampf gegen die algerische Revolution), sondern in der gesamten Dritten Welt; das israelische Verteidigungsministerium betreibt militärische Hilfsprogramme in allein 25 Ländern der Dritten Welt; erst vor kurzem ging die Meldung vom Besuch hoher griechischer und südvietnamesischer Militärs durch die Presse.
-Erst in diesem Zusammenhang gewinnt der palästinensische Befreiungskampf - soweit er sich wie im Falle der Al Fath nicht nur gegen den Zionismus, sondern auch gegen den arabischen Feudalismus und kleinbürgerlichen Nationalismus richtet - seine volle Bedeutung: Es ist nicht der Ausdruck des Kampfes des palästinensischen Volkes gegen die Juden als eine Religionsgemeinschaft, sondern Teil des internationalen Klassenkampfes, in dem sich die unterdrückten Massen der Dritten Welt und ihre imperialistischen Unterdrücker gegenüberstehen. Vermag Al Fath diesen Klassenkampf bis zum Ende als einen konsequent sozialistischen zu führen, und schließen sich auch die unterdrückten Klassen in Israel diesem Kampf an, dann ist die Chance einer wirklichen Emanzipation aller unterdrückten Massen des Nahen Ostens gegeben.

S. 9

Forts. S. 10

Fortsetzung von S. 9

WINKT MIT DER BIBEL der Roten Garden Chinas: Yasser Arafat.

Jeder Versuch, die palästinensische Revolution nur als einen Akt der nationalen Befreiung des palästinensischen Volkes interpretieren zu wollen, wird dem eigentlichen Sinn der Revolution nicht gerecht, denn sie läßt eine Reihe von Zusammenhängen und Interessenverflechtungen außer Acht, die den gesamten Nahen Osten unmittelbar angehen, und den Charakter dieser Revolution von Tag zu Tag mehr und mehr bestimmen. Die palästinensische Revolution richtet sich nicht nur gegen das imperialistische Bollwerk, den zionistischen Staat Israel, sondern sie wirkt sich auf das Bewußtsein der arabischen Massen aus, führt zu ihrer Loslösung von den reaktionären nationalistischen Ideen und bereitet den Weg für eine gesamtarabische sozialistisch-emanzipatorische Revolution vor. Die Intensivierung des Kampfes der palästinensischen Befreiungsbewegung gegen den israelischen Staat stellt die reaktionären, kleinbürgerlichen Elemente in der arabischen Welt vor eine Entscheidung, die sie nicht treffen können, ohne sich selbst und ihre konterrevolutionäre Herrschaft in Frage zu stellen. Die palästinensische Revolution hat die Phase des Kampfes um die nationale Identität hinter sich. Sie weitet sich zu einem Volkskrieg aus, der nicht nur das palästinensische Volk ergriffen hat, sondern Kristallisationspunkt der Bewußtwerdung aller arabischen Massen wird.

Die Reaktion der arabischen Konterrevolution

Das palästinensische Volk hat nach einer Reihe von Enttäuschungen erkannt, daß die reaktionäre Gewalt der Herrschenden nur durch die revolutionäre Gegengewalt bekämpft werden kann und hat daraus die Konsequenzen gezogen. Folge dieser Erkenntnis ist der sich ständig ausbreitende Volkskrieg, der nichts mit Terror zu tun hat, sondern die einzige Möglichkeit darstellt, den Massen die klare Einsicht in die politischen Notwendigkeiten zu vermitteln. In diesem Sinne ist die revolutionäre Gewalt emanzipatorisch und unterscheidet sich grundsätzlich von der reaktionären Gewalt, die sich politisch nicht ausweisen läßt und bei den Massen Verwirrung und Unverständnis hervorruft. Die palästinensische Revolution, geführt vor allem durch Al Fath, hat sich für die revolutionäre Gewalt entschieden, die von den bewußt gewordenen Massen ausgeht und die notwendige Voraussetzung für den Sieg der Revolution darstellt.

Trikont-Gruppe Hamburg/Asta-Auslandsreferat

Brief an AGIT 883

Vom 19.2. bis 4.3.70 spielten wir Mädchen vom Eichenhof in dem Film "Bambule" als Statisten mit. Für diese Zeit hat jedes Mädchen einen Satz von 250,-DM bekommen. Unsere Heimleiterin war dafür, daß wir das Geld (250,-DM) in die Hand bekommen. Alle Mädchen haben sich dafür Sachen gekauft. Im Landesjugendamt log unser Fürsorger Kaltwasser folgendes vor: Wir hätten unser Geld versoffen, was eine Lüge war. Wir haben auch andere Dinge erfahren und mitbekommen, daß dieser Mensch (Kaltwasser) noch mehr gegen uns aussagte und unternahm.

Wir Mädchen vom Eichenhof, die sich den Namen "Basisgruppe Eichenhof-Tegel" gegeben haben, haben begriffen, daß wir für unsere Ziele selber kämpfen müssen. Wir haben uns zu einer Gruppe zusammengeschlossen, um von innen gegen unsere Unterdrücker vorzugehen, denn es reicht nicht aus, auf Aktionen von draussen zu warten.

Am 9. März 1970 gingen wir mit Zettelaktionen gegen Kaltwasser an, in denen unter anderem folgendes stand: "Kaltwasser du Faschist!" "Kaltwasser raus - Kreienkamp soll Bleiben!" "Wir lassen uns von dir nicht unterdrücken!" "Raus mit dir du Nazischwein!"

Am 17.3. hängten wir Bettlacken am Heim draußen an, mit der Aufschrift:"Kaltwasser, wir wollen dich hier raus haben!" Bei fehlender Diskussionsbereitschaft drohen wir mit Arbeitsverweigerung, Hungerstreik, Massenausbruch und Terror!" - Am Nachmittag bereiteten wir ein Flugblatt vor unter dem Titel:"Die Mädchen vom Eichenhof haben folgende Beschwerden gegen Kaltwasser vorzubringen:". Darin steht u.a.: "Unter Drohungen versucht Herr Kaltwasser uns klein zukriegen. Er erzählte uns von großen Taten, Wie er Jungen mit Schlägen züchtigte, im Heim. Damit prahlte er nun vor uns, damit wir Angst vor ihm kriegen sollten. - Er versuchte auch hier im Eichenhof durch Drohungen, so wie ins Zimmer einschließen oder ähnliches uns zur Arbeit zu zwingen. Ein weiteres Druckmittel ist Ausgangssperre. Im Kasernenhofton weckt er die Mädchen. Er tyrannisiert uns wo er nur kann. Herr Bonhoefer, was würden sie dazu sagen, wenn wir morgen in ihr Zimmer kommen würden und sie aus dem Bett holen. - Wir fordern: "Eine anständige Berufsberatung, tarifmäßige Bezahlung, öffentliche Erziehungsbesprechungen, mehr Ausgangsfreiheit."

Mit diesem Flugblatt drangen wir in eine Besprechung zwischen Vertretern des Landesjugendamtes (Bonhoefer) und den Erziehern ein, um unserer Forderung nach Öffentlichkeit aller Besprechungen im Heim Nachdruck zugeben.

Mit der Aktion hatten wir die Öffentlichkeit der Erzieherbesprechung erzwungen. Das war zunächst ein Erfolg. Die Diskussion zeigte dann aber, daß man auf unsere Forderungen nicht eingehen wollte. Der Konflikt sollte verschleiert werden, indem man uns überreden wollte, daß wir es doch noch einmal miteinander versuchen sollten. Gerade weil diese Diskussion so verlaufen ist bestehen wir weiterhin auf unsere Forderungen!

Wir haben einen neuen ausführlichen Forderungskatalog aufgestellt! Wir werden unseren Kampf fortsetzen!

Unsere Forderungen:

1. Gerechte Bezahlung unserer Arbeit - volle Auszahlung des tariflichen Lohnes. Eine Putzfrau z.B. verdient 4 Mark in der Stunde - dasselbe verlangen wir für Hausdienst, Küchendienst, Waschküche, Nähstube und Büros sauber machen.

2. Kostenloser Heimaufenthalt - Die kapitalistische Gesellschaft hat uns ins Erziehungsheim gebracht, der kapitalistische Staat soll auch den Zwangsaufenthalt bezahlen. D.h. daß den Mädchen ihr eigenes Geld - sei es verdient, geschenkt oder geerbt - nicht zur Finanzierung von Erziehungsanstalten weggenommen wird.

3. Freier Ausgang für alle an allen Tagen bis 24 Uhr. Jedes Wochenende Nachturlaub. Grundsätzlich keine Ausgangssperre.

4. Wir teilen uns unsere Arbeitszeit selbst ein. Ab sofort stehen wir morgens auf, wann es uns paßt.

5. Wir fordern für alle Mädchen die Ausgabe von Anti-Baby-Pillen und anderen Schutzmitteln, samt ärztlicher Betreuung.

6. Wir lehnen jeden Zwang zum Abstrich ab. Wir fordern eine gründliche Aufklärung über Geschlechtskrankheiten durch einen sachkundigen Arzt. Danach werden wir eine Forderung aufstellen, daß jedes Mädchen gesundheitlich geschützt wird ohne gleichzeitig durch die Abstriche unterdrückt zu werden, z.B. freie Arztwahl u.ä.

7. Öffentlichkeit der Erzieherkonferenzen - jedes Mädchen kann an jeder Erzieherkonferenz teilnehmen. Wir wollen wissen, was über uns geredet wird und wollen mitreden.

8. Einsicht in unsere Akten. Wir wollen die Lügen, die über uns verbreitet werden, kennen lernen. Wir wollen wissen, was mit uns passiert.

9. Fachgerechte Berufsberatung. Wir lehnen es ab, vom Arbeitsamt irgendeine Stelle aufgedrängt zu bekommen die gerade frei ist. Wir wollen beraten werden, was für Möglichkeiten wir für unsere weitere Zukunft haben.

10. Wir fordern, daß wir draußen zur Schule und Berufsschule gehen können. Die Heimschulen stinken uns an.

11. Wir fordern besseres Essen. Wir wollen eine bessere Wirtschaftsleiterin haben. Wir wollen selbst bestimmen, was es zu essen gibt.

12. Wir fordern, daß die Genossen, die uns von draußen unterstützen, uns jederzeit unangemeldet besuchen können.

13. Wir lehnen jede Form von privaten Verhören ab. Die Erzieher sollen uns mit ihren dummen Fragen in Ruhe lassen.

KAMPF DEM HEIMTERROR! KAMPF DEN KALTWASSERS ALLER SCHATTIERUNGEN! LEGT DIESEN UNMENSCHEN ALLEN DAS HANDWERK!

WIR WERDEN DEN KAMPF GEGEN DEN HEIMTERROR NICHT AUFGEBEN SONDERN VERSTÄRKEN, BIS WIR UNSERE FORDERUNGEN DURCHGESETZT HABEN!

14. Wir fordern die Benutzung aller Geräte im Heim, wie Fotokopiergerät, Abzugsmaschine, Schreibmaschinen u.a. wozu wir wollen.

Eichenhof

Der Eichenhof ist ein geschlossenes Heim für Mädchen in Fürsorgeerziehung: Mädchenheim Eichenhof, Berlin - Tegel, Werdohlerweg. Noch vor zwei Jahren war er in der Regel mit 70-80 Mädchen belegt.

Seit dem es das Diakonische Werk in Hailigensee gibt, auch ein geschlossenes Heim für Mädchen in Fürsorgeerziehung, ist der Eichenhof umstrukturiert worden. Heute ist er nur mit 25 Mädchen belegt. Eine Mutter-Kind-Abteilung ist dazu gekommen. Wegen Mangel an Erzieher und Pflegepersonal ist diese Mutter-Kind-Abteilung aber nicht getrennt von den anderen Mädchen, sondern Bestandteil einer Mädchengruppe.

Seit Oktober 1969 hat der Eichenhof eine liberale Heimleiterin, die ihrerseits die schärfsten Repressionen im Heim beseitigte.

Die Gitterstube (Bunker) wird nicht mehr benutzt, es gibt auch keine Isolierzimmer mehr. Es ist ihr Bestreben, die idiotischen Arbeitsplätze im Heim wie Wäscherei, Heißmangel, Nähstube, Lampenschirme montieren etc. abzuschaffen und den Mädchen Arbeitsplätze außerhalb des Heimes zu beschaffen. Ihre Pädagogik zielt auf Straffreiheit und Freiwilligkeit.

Renate Kreienkamp hat inzwischen auch einige weitere "gute Erzieher" in den Eichenhof geholt, die gegen das Landesjugendamt und die Bezirksämter eine liberale Pädagogik im Heim praktizieren.

Kaltwasser, der neue Fürsorger im Heim, gleichzeitig stellvertretener Heimleiter, ist seit Mitte Februar im Eichenhof.
Die Auseinandersetzungen zwischen den Mädchen und Kaltwasser, die sich an der Verleumdung, sie hätten das Filmgeld versoffen, entzündete, dürfte ihren Ursprung darin haben, daß Kaltwasser mit dieser Verleumdung der liberalen Heimleitung eins auswischen wollte, um ihre Pädagogik zu denunzieren.

So war die erste Protestaktion der Mädchen gleichzeitig eine Solidaritätsaktion für die Heimleiterin.

Erst nachdem die Heimleitung die Aktivität der Mädchen abzuwiegeln versuchte, wurden die Fronten im Heim klar, wurde den Mädchen klar, daß sie ihren Kampf gegen Kaltwasser auch gegen die Heimleitung führen mußten, daß die Freiheiten, die ihnen die Heimleitung geschenkt hatte, völlig ungesichert sind, wenn sie sie nicht selbst erkämpfen und sichern.

Wurde ihnen klar, daß sie die Widersprüche zwischen einem Teil der Erzieher und Kaltwasser ausnutzen können, insofern der Herrschaftsapparat im Heim durch den Gegensatz zwischen "guten Erziehern" und dem Faschisten Kaltwasser selbst ziemlich handlungsunfähig ist, jedenfalls nicht in der Lage, geschlossen zurückzuschlagen.

Das die Mädchen in Eichenhof auf die Randgruppenstrategie der Linken pfeifen, ist klar. Klar ist, daß sie sich selbst durch diese Kämpfe im Heim auf den Klassenkampf im Betrieb besser vorbereiten, als Randgruppenseminare, die nichts als ein prinzipiell unsolidarisches Verhalten diesen proletarischen Jugendlichen gegenüber zu propagieren imstande sind.

Ein Mitglied der Basisgruppe

Eichenhof - Tegel

Tiffany's

Pizza (große) mit Tomaten, Käse, Salami, Champignons, Oliven, Pepperonis und feinen Kräutern 2.90 DM

Pizza (kleine) .90 DM

Zwiebelsuppe 1.50 DM

1 großes Bier 0,4 l 1.10 DM

Jeden Dienstag PAELLA 2.90 DM

1 Berlin 30 (am Viktoria-Luise-Platz) Motzstr. 60 · Tel 2115317

SAN MARINO
GELATERIA PIZZERIA
STUD. PIZZA VON 10-16°°
GEÖFFNET BIS 3°° MORGEN
CAFÉ ESPRESSO CAPPUCCINO ITAL. EIS
TEL. 31 93 25
PIZZA SPAGHETTI LASAGNE CANNELONI "883"
SAVIGNY
NÄHE TU
PLATZ 12
3.30 DM MIT GETRÄNK
S.10

NEU AB 24.1.
Böser Specht
CAFE & TEESTUBE
ALS AUCH
BIERSCHANKWIRTSCHAFT
Riemeisterstr. 39b
ECKE
SOPHIE-CHARLOTTE-STR.
16 — 4°° / ZEITUNGEN, BÜCHER
EINE LINKE KNEIPE
IN ZEHLENDORF